

# Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1 1/2 Sgr. für die viergespaltene Zeile) sind an die Expedition zu richten.

## Amtliches.

Berlin, 10. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht: dem Landrath von Gottberg zu Stolp den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem früheren Schulzen Johann Karl Kettlich zu Pönow, im Kreise Jüterbogk-Buckenwalde, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. K. G. der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen ist gestern von Weimar in Potsdam wieder eingetroffen.

Angelommen: Se. Exc. der Staats- und Justiz-Minister Simon, von Elberfeld; Se. Exc. der General-Lieutenant und Kommandeur der 5. Division, von Wussow, von Frankfurt a. O.

## Telegraphische Depeschen der Posener Zeitung.

Kopenhagen, 9. April. Das englische Kabinet hat die von der dänischen Regierung in Vorschlag gebrachte Kapitalisirung des Sundzolls abgelehnt, und sich zur Ausnahme neuer Vorschläge bereit erklärt. Die Aufstellung derselben soll noch nicht erfolgt sein.

Genua, 4. April. Man erwartet die Verlängerung des Termins der Bewilligung zur Getreideausfuhr und Herabsetzung des Getreideausfuhrzolls Seitens der neapolitanischen Regierung. (D. G.)

(Eingeg. 10. April 9 Uhr Vorm.)

## Deutschland.

Preußen. AD. Berlin, 9. April. [Das russ. Friedensmanifest; die Pariser Verhandlungen; der Ministerpräsident; eine Aeußerung A. v. Humboldt's.] Das Manifest des Kaisers Alexander, welches den Friedensabschluss zur Kenntniß des russischen Volkes bringt, liegt jetzt seinem ganzen Inhalte nach dem westlichen Europa zur Beurtheilung vor (s. unt. Petersburg). Wenn man das Altenglische mit unbefangener Geistes und mit Rücksicht auf die besondere Lage des russ. Monarchen prüft, so wird man zugeben müssen, daß von diesem Standpunkt aus kaum eine andere Darstellung der Sachlage möglich ist. Der junge Kaiser hat den Krieg als eine Erbschaft seines Vorgängers übernommen und es ist natürlich, daß er über die Veranlassung zu dem blutigen und für Rußland so opfervollen Kampfe sich nicht in einer Weise ausdrückt, welche die ganze Schuld der Urheberhaft auf seinen Vater wälzen müßte. Er verschweigt nicht die Opfer, welche Rußland auch dem Frieden zu bringen hat; aber er mildert mit Recht ihre Schwere durch den Vergleich mit den Nachtheilen eines ferneren Krieges und mit den Segnungen des jetzt zu hoffenden Friedens. Endlich tröstet er sein Volk für alle erlittenen Verluste durch den Hinweis auf die Thatsache, daß der religiöse Zweck des Krieges, nämlich die Sicherstellung der griechischen Glaubensgenossen im türkischen Reiche, durch die inzwischen eingetretenen Vorgänge vollständig erreicht sei. Das schärfere Urtheil der weismächtigsten Kritik dürfte wohl darin eine Befriedigung finden, daß der Kaiser auch in dem Manifest den Vorsatz ausdrückt, jeden Anlaß aus dem Wege zu räumen, welcher Rußland dem Verdacht einer Ergeizigkeit und eroberungssüchtigen Politik aussetzen könnte. — Ueber das Ergebniß der gegenwärtigen Verhandlungen zu Paris verlaute noch immer nichts Bestimmtes. Die Organisation der Donaufürstenthümer gehört allerdings zu den Fragen, deren Lösung eine Reihe langwieriger Vorarbeiten und überwindener Schwierigkeiten voraussetzt. Sehr begreiflich ist es daher, daß dieser Gegenstand zeitraubende Beratungen in Anspruch nimmt, zumal da die Ansichten Oesterreichs, Rußlands, der Türkei und der Westmächte über die zukünftige Gestaltung der beiden Provinzen nach sehr verschiedenen Richtungen hin auseinandergehen. — Ueber die Rückkehr des Herrn Ministerpräsidenten ist noch Nichts festgesetzt; dieselbe wird wohl, wie die Abreise aller übrigen bei der Konferenz behelligten Hauptbedollmächtigten, erst nach dem Austausch der Ratifikationen erfolgen. Der Termin für den letzten Akt des Friedensschlusses läßt sich aber noch nicht mit Bestimmtheit angeben, selbst wenn es außer Zweifel stehen sollte, daß die Ratifikationen von Seiten Preußens, Oesterreichs und Englands schon gegen die Mitte des Monats in Paris eintreffen werden. Eine nähere Angabe wird erst dann möglich sein, wenn der Telegraph den Abgang der betreffenden Dokumente von Petersburg und Konstantinopel, als den entferntesten Punkten, gemeldet haben wird. Alle Hindeutungen einzelner Blätter auf einen bestimmten Termin beruhen daher zur Zeit auf ganz unsicheren Vermuthungen. — Die neueste Nummer des „Nord“ enthält einen Brief Alexander v. Humboldt's an einen franz. Gelehrten, worin unser berühmter Naturforscher sich sehr eifrig und spöttlich über die von jenem franz. Fachgenossen angeregte Frage der sogenannten „Vital-Elektrizität in Anwendung auf das „Zisdrücken““ ausdrückt. Humboldt erklärt sich außer Stande, über die Möglichkeit verschiedener Arten von Elektrizität zu entscheiden, welche man unter dem Namen animaler oder cerebraler Elektrizität einzubürgern und mit der Willenskraft des Menschen in Verbindung zu bringen sucht. Er bekennt sich zu der „Schwäche“, vor der Vergeistigung des Steinholzes und dem Mysticismus der Psychographen eine heilige Scheu zu haben und erinnert an Geoffroy de St. Hilaire, welcher versicherte, in Aegypten „Gedanken-Dryd“ ausgeblasen zu haben.

Berlin, 9. April. [Vom Hofe; v. Manteuffel erwartet; v. Döbened nach Preußen; v. Schöler erkrankt; Verschiedenes.] Die Ausstellung des Frauen-Groschenvereins in der Wohnung des Präsidenten Grafen zu Eulenburg besuchten gestern auch der König, die Prin-

zessin Karl, der Prinz Albrecht und andere fürstliche Personen. Bei dem Besuche H. M. war der Graf in seiner Wohnung anwesend und ließ sich in dieser Zeit bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus durch den Vicepräsidenten Büchtemann vertreten. Der Präsident Graf zu Eulenburg erfreut sich der besonderen Huld des Königs und ist derselbe darum oft mit seiner Gemahlin bei Hofe. — Gestern Vormittag nahm der König im Schlosse zu Charlottenburg die gewöhnlichen Vorträge entgegen und arbeitete alsdann längere Zeit mit dem Handelsminister und dem Geheimrath Costenoble. Wie man wissen will, kehrt der Ministerpräsident in diesen Tagen (?) aus Paris hierher zurück. Ob es wahr, daß derselbe nochmals nach Paris gehen werde, vermag ich augenblicklich nicht anzugeben. — Der General und Remonte-Inspekteur v. Dobeneck hat sich vorgestern Behufs Designation der Pferde für die verschiedenen Waffen durch die Provinz Pommern nach Preußen begeben und wird von dort erst Anfangs Mai hier wieder eintreffen. — Der General v. Schöler im Kriegsministerium, der in diesen Tagen einen dreimonatlichen Urlaub erhalten hat, ist jetzt erkrankt; zwar ist sein Zustand keineswegs gefährlich, doch muß er das Bett hüten. — Der bekannte Antrag wegen des Depeschendiebstahls wird jetzt von der betreffenden, dazu eigens gewählten Kommission berathen; doch schreiben die Verhandlungen nur langsam vor, weil man, wie verlaute, zur Berichterstattung erst die Rückkehr des Ministerpräsidenten abwarten will. Was man über diese Angelegenheit erfährt, spricht dafür, daß der Antrag nicht wieder aus der Kommission herauskommen wird, weil man seine Tragweite erst jetzt vollständig erkannt hat und sich damit begnügen will, daß der Präsident Seiffart sein Mandat niederlegt, wozu seine Wahlmänner ihn bereits in höflichster Form veranlaßt haben sollen. — Der Prinz Friedrich Wilhelm ist heute Vormittag von Weimar hier eingetroffen, fuhr aber sofort nach Potsdam. Abends wollte der Prinz wieder nach Berlin kommen, um sich beim König zu melden.

Berlin, 9. April. [Die allgemeine Landessynode.] Ueber diesen wichtigen Gegenstand entnehmen wir der „P. C.“ nachstehende Auseinandersetzung: Unter den fünf Vorlagen, welche mit Rücksicht auf die beherrschende Berufung einer allgemeinen Landessynode jetzt den Vorberathungen und der Beurtheilung einflussreicher und erfahrener Männer unterzogen, ist zunächst die Denkschrift hervorzuziehen, welche die Provinziallandessynode am 12. November d. J. zu bestimmen geruht, daß über die Frage, auf welchem Wege und aus welchen Elementen eine allgemeine Landessynode zu bilden sein würde, zunächst eine schriftliche Vorberathung einzuleiten sei. Für diese wird in der Denkschrift eine geschichtliche Darstellung als Einleitung und Grundlage gegeben. Dieselbe beginnt mit dem Jahre 1816, in welchem ein k. Erlaß vom 10. November die Absicht ankündigte, die Vorschläge der Kreis- und Provinziallandessynoden zur Verbesserung des evangelischen Kirchenwesens nach Ablauf von fünf Jahren von einer Generalsynode berathen zu lassen. Nichtsdestoweniger wurde eine Generalsynode nicht abgehalten, während Kreis- und Provinziallandessynoden stattfanden. Später tauchte wieder der Gedanke zur Berufung einer allgemeinen Landessynode auf, und durch Ministerialerlaß vom 7. Mai 1846 wurde auf Grund einer Allerhöchsten Ordre vom 20. März desselben Jahres eine solche einberufen, bei welcher die Theilnahme nichtgeistlicher Mitglieder nicht ausgeschlossen war. Zufolge des vorerwähnten Ministerialerlasses sollten an der Generalsynode sich betheiligen: 1) Von geistlichen Mitgliedern: sämtliche Generalsuperintendenten, der Vice-Generaluperintendent der Rheinprovinz und der stellvertretende Generaluperintendent des Markgrafenthums Niederlausitz; der Bischof Dr. Epler, die vier Hof- und Dompropstern und der Feldpropst, letztere in Betrach ihrer amtlichen Stellung zu dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten; ferner die sechs Professoren und die sechs Scribae der letzten Provinziallandessynoden in den östlichen Provinzen, die beiden Präbides und die beiden Professoren der rheinischen und der westfälischen Provinziallandessynode, endlich sechs Professoren der Theologie von den sechs Landesuniversitäten, die durch die theologische Fakultät zu wählen waren; und 2) von weltlichen Mitgliedern: die acht Präsidenten der Provinzialkonsistorien; sechs evangelische Professoren des Rechts von den sechs Landesuniversitäten, welche von den evangelischen Gliedern der juristischen Fakultäten in gleicher Weise, wie die Professoren der Theologie von den theologischen Fakultäten zu wählen waren, wobei besondere Rücksicht auf die mit dem kanonischen Recht vorzugsweise vertrauten Lehrer genommen werden sollte; endlich aus jeder der acht Provinzen der Monarchie noch drei Laienmitglieder, deren Wahl in folgender Weise zu veranlassen war. In jeder der sechs östlichen Provinzen der Monarchie sollten der Oberpräsident und der Generalsuperintendent gemeinsam achtzehn Personen bezeichnen, welche als gottesfürchtige und kirchlich gesinnte Männer bekannt, eines besonderen Vertrauens als solche in der Provinz genossen. Dies Verzeichniß sollte jedem Mitgliede der letzten Provinziallandessynode mitgetheilt werden, um durch Stimmzettel diejenigen Mitglieder daraus zu wählen, welche es für die geeignetsten zur Theilnahme an der Generalsynode erachtete. Der Oberpräsident mit dem Generalsuperintendenten hatten nach den eingegangenen Stimmzetteln diejenigen drei Personen zu bezeichnen, welche die relative Stimmenmehrheit für sich hätten; nöthigenfalls aber aus denjenigen, für welche hierbei etwa eine gleiche Stimmenzahl sich ergeben sollte, die zu wählen, welche ihnen selbst als die geeignetsten erschienen. In den beiden westlichen Provinzen waren die Männer des öffentlichen Vertrauens schon in denjenigen Gemeindefürsten gefunden, welche in Folge der auf sie gefallenen Wahl an der letzten Provinziallandessynode Theil genommen hatten. Es sollte daher das Moderamen jeder der beiden Provinziallandessynoden aus diesen Männern drei Personen zur Generalsynode berufen, welche nach seinem Ermessen dazu vollkommen geeignet waren. — Die Generalsynode bestand hiernach aus 75 Mitgliedern, und zwar möglichst zu gleichen Theilen aus geistlichen und weltlichen.

Die berufene Versammlung beschäftigte sich namentlich auch mit der Verfassung der Kirche und speziell der Synoden. Das Gutachten ihrer Verfassungskommission, an welches sich die Beratungen anknüpften, hatte zum Ziel seiner Vorschläge: die Herstellung einer selbständigen Lebensform der Kirche, materiell: durch Anerkennung des Grundgesetzes, daß Gottes Wort und evangelisches Bekenntniß das unterste Fundament aller Verfassung bilden, formell: durch Bestellung eines Oberkonsistoriums als höchster Verwaltungsinstanz, durch Verfassung der Mitglieder der Konsistorien auf die Normen der Kirche, endlich durch Einführung von Synoden auf dem Grunde presbyterialer Einrichtungen in den Gemeinden. Die Synoden sollten nach dem Gutachten dies gemein haben, daß sie aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gebildet werden. Ihre Stellung aber sollte je nach den verschiedenen Kreisen, in denen sie sich bewegen, verschieden bemessen sein. Während nämlich die Kreislandessynoden das Recht der Aufsicht und des Antrages haben, und nur in Beziehung auf die Disziplin in geringem Umfange selbständig

wirken werden sollen, war für die Provinziallandessynoden das Recht der Beschlußfassung über kirchliche Angelegenheiten, vorbehaltlich der Genehmigung Sr. Majestät des Königs, und (neben einigen Verwaltungsattributen) das Recht der Zustimmung zur Veränderung der Einrichtungen, welche die eigenthümliche und rechtlich anerkannte Grundverfassung der bestimmten Provinz in Lehre, Kultus oder organischen Institutionen ausmachen, in Anspruch genommen. Desgleichen waren Abänderungen in den Fundamenten der Landeskirche in Betreff der Lehre, Liturgie und Verfassung an die Zustimmung der Landessynode gebunden. Die letztere sollte aus den Konsistorialpräsidenten, den Generalsuperintendenten und dem Feldpropst, den vier Hofpredigern, drei geistlichen und drei weltlichen Mitgliedern aus jeder Provinz nach Auswahl der Provinziallandessynode und aus einem theologischen und einem juristischen Professor von sämtlichen Landesuniversitäten bestehen, und ihre Berufung war für besondere Veranlassungen dem königlichen Ermessen, der Antrag darauf den Provinziallandessynoden vorbehalten. Diese Vorschläge wurden von der Synode, so viel die Stellung der Landessynode anlangt, genehmigt, während in Betreff der Zeit der Berufung eine Wiederkehr in je neun Jahren beliebt wurde.

Weitere Beratungen der im Jahre 1846 abgehaltenen Generalsynode führten zur Errichtung des evangelischen Ober-Kirchenraths, und zur Anbahnung einer Organisation der Kirchengemeinden durch die Allerhöchste Ordre vom 29. Juni 1850. Beide sind in dem Bewußtsein beantragt, daß es der Ausbildung synodalischer Institutionen bedürfe, und dieselbe Ueberzeugung hat sich auch später noch mehrfach kundgegeben. Demnach haben des Königs Majestät, mit Rücksicht auf eine Allerhöchsten Orts überreichte Denkschrift, Gelegenheit genommen, in einer an den Minister der geistlichen Angelegenheiten gerichteten Allerhöchsten Ordre vom 30. Dezember 1850 ihre Ansicht über die Bildung der Synoden weiter kundzugeben. Allerhöchstdieselben sprechen hier die Ueberzeugung aus, daß es durchaus unheilbringend sein, und einestheils die Wiederkehr territorialer Auffassungen, anderentheils eine demokratische Auflösung der Kirche befördern werde, wenn man konstitutionelle Ansehungsweisen auf die Kirche übertragen wolle. Die Synoden dürfen nicht als Vertreter der Kirche, gegenüber den kirchlichen Behörden — nach Analogie konstitutioneller Kammern — sondern sie müssen selbst als Behörden, als Vertretung der Kirche nach Außen, gedacht werden. Diese Allerhöchste Eröffnung rief bei dem Ober-Kirchenrathe eine weitere Erörterung hervor, in welcher es sich um die Frage nach dem Bedürfnis und um das Prinzip synodalischer Institutionen handelte. In ersterer Beziehung wurde zunächst in einem umfassenden Berichte auf die Schwäche hingewiesen, welche das Kirchenregiment gegenüber den ungläubigen Tendenzen in Folge seiner Isolierung gezeigt habe. Es wurde ferner daran erinnert, wie die derzeitige Verfassung ein in die Kirche gebrachtes Element der Schwäche darstelle; sie habe eine der wichtigsten Aufgaben der Kirche, die Pflege der christlichen Liebe, thatsächlich an die freie Affiliation, rechtlich aber an die Prärogative abgegeben. Endlich wurde wiederholt angeordnet, daß das Regiment der Kirche, wie es zur Zeit bestehe, nicht im Stande sei, dem politischen Elemente in Aktion fordernder Stärke entgegenzutreten, und jeder Beeinträchtigung zu wehren, wenn sie versucht werden sollte. In Beziehung auf die Stellung der Synoden erkannte der Bericht unumwunden den Grundfalsch an, daß das entscheidende Gesetz nicht in der konstitutionellen Theorie gesucht werden dürfe, und bekannte sich in Betreff der Kombination der Synoden zu dem Allerhöchst ausgesprochenen Grundsatze, daß die Synodalverfassung nicht auf immer von unten auf sich erneuernde Wahlen gestützt, und damit der Zufall zum bildenden Gesetze erhoben werden dürfe. In Beziehung auf die positive Seite dagegen drückte er das Prinzip so aus, daß auf den Synoden die Erfahrung und Würde, welche der Dienst der Kirche verleihe, zu ihrem Rechte kommen müsse, daß also die Träger der Aemter, wenn nicht als solche, und kraft einer ihrem Amte inwohnenden Vollmacht zur Repräsentation, doch deshalb zu berufen seien, weil sie das Amt tragen, und mithin voraussetzlich in dem Besitze derjenigen Gaben sich befinden, welche sich in dem Dienste der Kirche betheiligen sollen.

Die Frage wegen Berufung einer Synode trat auch in unmittelbarer praktischer Richtung bei einer Verhandlung auf einem anderen Gebiete als Jugendpunkt ein. Des Königs Majestät wiesen nämlich im Hinblick auf die in der Landeskirche herorgetretene große Ungleichheit der liturgischen Uebung darauf hin, daß es Noth sei, zu einem klaren Bewußtsein darüber zu kommen, welche Stätte beim Gottesdienste wesentlich notwendig, und in welchen Theilen das provinzielle oder das örtliche Element, ja selbst die Individualität des Gemeinlichen sich frei entfalten dürfe. Zu dieser Festsetzung reiche aber die Autorität des Kirchenregiments nicht aus, sondern es müsse die Autorität der Generalsynode hinzutreten. Derselbe Ansicht haben Allerhöchstdieselben später auch noch auf einige weitere Angelegenheiten (die Einrichtung der kirchlichen Piederpflege und die Wiederherstellung des Diakonats, die Ehescheidungsfrage in spezieller Richtung auf die Verweigerung der Einsegnung geschiedener Personen) mit der näheren Maßgabe ausgebeutet, daß die Synode aus Geistlichen und Laien bestehen, und die Zahl ihrer Mitglieder nicht allzugroß sein solle.

Nach einem ausdrücklichen Befehle Sr. Majestät des Königs wird nun zunächst eine schriftliche Begutachtung eingefordert, in welcher die Frage: wie die intendirte Synode zu kombinieren sein würde, damit sie materiell als die Trägerin kirchlicher Einsicht und Erfahrung, und formell als die Darstellung der Landeskirche angesehen werden könnte, und dann die weitere Frage: welche rechtliche Stellung der Synode anzudeuten sein würde, und welche Bedingungen hinzutreten müßten, um ihre Aussprüche in das Leben überzuführen, zur Beantwortung kommen soll.

[Sundzoll.] Die Kopenhagener Depesche über die Ablehnung der dänischen Vorschläge zur Regelung der Sundzollfrage (s. oben) giebt der „D. B. Z.“ Veranlassung zu folgenden Bemerkungen: Die englische Regierung hat den Vorschlag Dänemarks, den Sundzoll zu kapitalisiren, übrigens nicht einfach abgelehnt, sie hat vielmehr eigentlich nur eine andere Modalität der Ablösung in Vorschlag gebracht. Das Prinzip der Kapitalisirung und die Höhe der Abschlagssumme von 35 Millionen hat England bestehen lassen; nur ist diese Summe nach dem englischen Vorschlage in Raten, die, je nachdem hier 15 oder 20 Jahre als Amortisationsfrist angenommen werden, mit 2 1/2 oder mit 1 1/2 Mill. Thlern. jährlich von den behelligten Ostseestaaten nach Maßgabe ihres Antheils an dem Zolle aufzubringen. Ungefähr gegen Ende des März hat Dänemark bereits diese Erklärung Englands zur Kenntniß der behelligten Regierungen gebracht. Dies ist das Authentische und Genauere der Sachlage, zu welcher der Telegraph heute weder Nichtiges noch Neues beibringt.

[Obertribunals-Entscheidung.] In Bezug auf das Gesetz wegen des Zeitungsstempels hat das königl. Obertribunal angenommen, daß der zu entrichtende Stempelbetrag gleich beim Anfang des betreffenden Quartals gezahlt werden müsse und die Unterlassung der

rechtzeitigen Zahlung die Stempelftrafe nach sich ziehe, auch wenn eine Absicht zu defraudiren nicht nachgewiesen sei.

Dortmund, 6. April. [Bergbaugesellschaft.] Hier ist unter der Benennung „Dortmunder Bergbau- und Hütten-Gesellschaft“ ein Aktienverein zusammengetreten, welcher die Ausbeutung von Kohlen, Mineralien, Erzen und nützlichen Erden aller Art in der Rheinprovinz und in Westfalen, so wie im Herzogthum Nassau, das Brennen der Steinkohlen zu Roark, die Herrichtung und Bearbeitung von Eisen, Erzen und Erden, die Darstellung von Stahl, so wie von Stahl- und Eisenwaaren, endlich den Verkauf seiner Produkte und Fabrikate sich zur Aufgabe stellt. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 50 Jahre und das Grundkapital derselben auf 1 Mill. Thlr. in 10,000 Aktien à 100 Thlr. verabreitet. Des Königs Maj. haben vor Kurzem die Errichtung dieser Aktiengesellschaft Allerhöchst zu genehmigen und deren Statut zu bestätigen geruht. (P. 3.)

Elbing, 5. April. [Das Maschinenbauwesen.] In Elbing erfreut sich eines vorzüglichen Aufschwungs. Die älteste Fabrik der Art ist die von F. Schichau, 1837 gegründet, und von der größten Ausdehnung und Bedeutung für unsere Provinz. Ihre Hauptarbeiten bestehen in Dampfmaschinen, Schiffsbauten und Fabrikanlagen. Sämmtliche Dampfmaschinen Elbings sind mit Maschinenwerken aus dieser Fabrik versehen worden. Aber auch die königl. Regierung hat derselben vielseitig ihr Vertrauen zugewandt. So wurden neuerdings ihr auch sämmtliche Kanalbauten übertragen, und sind die Dampfzucker- und Schleppschiffe der Mogat ihre Werk. In ihr wurde auch das Schrauben- und Segelschiff Borussia von 100 Last Tragkraft und mit Maschinen von 60 Pferdekraft erbaut. Es ist dies das erste derartig in Preußen gebaute und fährt für Elbingen Rechnung zwischen Königsberg und London. Die zweite Fabrik, von Steudel, gibt sich besonders ab mit Anfertigung von gewöhnlicher Gussarbeit und landwirthschaftlichen Maschinen, hat aber auch Wood'sche Dampfmaschinen für Dampfmaschinen gefertigt und ist gegenwärtig beschäftigt mit Entwässerungsmaschinen mit Centrifugalpumpen. Vor zwei Monaten entstand eine dritte Maschinenfabrik, Hrn. Hambruch angehörig, die Entwässerungsmaschinen und ein eisernes Raddampfschiff von 100 Pferdekraft in Arbeit hat. Im Laufe des Winters waren in allen drei Maschinenbauanstalten 20 Dampfmaschinen in Arbeit. Was Industrie und Fabrikwesen anbelangt, so überflügelt hierin Elbing bei Weitem ihre alte nachbarliche Rivalin Danzig. (Sp. 3.)

Königsberg, 7. April. [Dampfschiffahrt.] Zu den neuen Dampfschiffverbindungen, welche unserem Plage nahe bevorstehen, gehört auch eine von der „North of Europe Steam Navigation Company“ in London ausgehende. Dieselbe beabsichtigt, von den beiden Endpunkten der Königinen-Flensburger Eisenbahn-Dampferlinien einerseits nach Hull, Lowestoft, London und Dänkirchen, andererseits nach Königsberg, Danzig und Stettin, also unter Wegfall des Sundzollens, einzurichten. Die genannte Gesellschaft soll 36 Dampfer besitzen. (R. 3.)

Stettin, 7. April. [Cholera-Statistik.] Nach amtlichen Mittheilungen geben wir folgende Notizen über das letzte Auftreten der Cholera im Regierungsbezirk Stettin. Im Jahre 1855 sind

in den Kreisen	erkrankt:	gestorben:	genesen:
Brandenburg	1250	708	572
Greifenhagen	300	124	166
Ueckermünde	13	12	1
Anklam	400	205	194
Stargard	101	60	41
Greifenberg	181	71	110
Ueckermünde	272	89	183
Gammeln	40	21	19
Urbis	831	291	540
Ueckermünde	32	12	20
in Summa	3451	1605	1846

Oesterreich. Wien, 6. April. [Papstliches Rundschreiben über das Konkordat.] Se. Heiligkeit Papst Pius hat am 5. Nov. 1855 an die Kardinele, Erzbischöfe und Bischöfe des österreichischen Staates ein Schreiben erlassen, in welchem der Abschluss des Konkordates angezeigt und über die Ausführung dieses Vertrages einige Einzelheiten besprochen worden. Die wichtigsten Stellen sind folgende: „Fürs Erste ermahnen wir Euch, daß ihr zur nämlichen Zeit, da Ihr Eure Hirtenbriefe und andere Erlasse herausgeben wölet, ein Exemplar derselben der Regierung Sr. kaiserl. und apostol. Majestät, lediglich zur Kenntnissnahme, zusendet; so wie auch, daß Ihr der nämlichen Regierung Anzeige erhaltet, wann Ihr Synoden halten wölet, und derselben aus dem nämlichen Grunde ein Exemplar der Synodalakten, wenn sie veröffentlicht werden und zur Zeit, da sie für allgemeine Kunde gelangen sollen, zukommen lassen. Was die Diözesansynoden anbelangt, so haben Wir erfahren, daß Mehrere aus Eurer bischöflichen Genossenschaft den sehnlichen Wunsch tragen, daß sie mit derselben Vollmacht versehen werden, welche von Uns dem Bischöfe von Vindobona durch Reskript vom 4. Mai 1851 ertheilt worden ist. Wir sind genehmigt, den desfallsigen Wünschen derer zu willfahren, welche dies von Uns verlangen und zugleich die besonderen Zustände ihres Bisthums Uns sorgfältig darlegen, damit Wir jene Beschlüsse fassen, welche Wir für jedes Bisthum als die geeigneten erkennen werden. In der Auswahl der Professoren oder Lehrer über einen besonderen Fleiß und besondere Wachsamkeit, und übertragung des wichtigen Lehrgeschäfts allezeit nur Männern, welche durch Gottesfurcht, Frömmigkeit, Reinheit des Wandels und Sitteneinstimm hervorrangen und das Lob gesunder Lehre durchaus genießen. Da aber wegen der äußerst traurigen und allbekanntesten Zeitereignisse vielleicht einer oder der andere Geistliche sich finden könnte, der Sr. kaiserl. und apostol. Majestät nicht angenehm wäre, so werdet Ihr bei der Verleihung der Pfarreien und anderen kirchlichen Pfründen Sorge tragen, daß dazu keine Geistlichen gewählt werden, welche Sr. kaiserl. und apostol. Majestät minder gefallen. Dieses aber vermöget Ihr zu erkennen sowohl aus dem Charakter und der Beschaffenheit der Geistlichen, als auch aus früheren Handlungen der Regierung oder auch durch andere geeignete Mittel. Ueberdies ist es wegen des nämlichen Grundes notwendig, daß Ihr vor der Wahl der Professoren und Lehrer in den Seminarien sorgfältig Euch erkundiget und Euch Gewissheit verschaffet, ob Sr. kaiserl. und apostol. Majestät in Bezug auf die politischen Fragen etwas wider sie habe. (R. 3.)

[Hochamt der Synode.] Heute Vormit. 9 Uhr sah Wien ein ebenso seltenes als großartiges Schauspiel. Die vierundsechzig Kirchenfürsten, welche aus allen Theilen Oesterreichs zu den hochwichtigen Konferenzen über das Konkordat hier vereinigt sind, begaben sich in feierlichem Zuge, unter Voraustritt der Pfarregeistlichkeit und des Domkapitels von St. Stephan, aus der erzbischöflichen Residenz, in welcher sie sich versammelt hatten, über den Stephansplatz, durch das nur bei feierlichen Gelegenheiten geöffnete Riesenthor in den Dom. Dieser, geschmückt mit all' jener Pracht, wie sie nur bei den höchsten Kirchenfesten einfallt, bot mit seiner zahllosen Menschenmenge, welche sich in allen Schiffsreihen gefunden hatte, mit der bunten Pracht der reichen Stoffe,

mit welchen Wände, Säulen und Altäre geschmückt waren, mit dem doppelten Lichte der Tagessonne, das durch die hohen Fenster und die bunten Glasmalereien hereinbrach, und dem hellen Schimmer zahlloser Kerzen, welche auf alten Lustern und Leuchtern flammten, einen ebenso imposanten als ergreifenden Anblick. Der ganze Stephansplatz war gedrängt voll Menschen, und der Zug ward mit allen Zeichen tiefer Verehrung begrüßt. Vor Allem nahmen die Persönlichkeiten der Kardinele Viale Brela, Rauscher, Schwarzenberg und des Primas von Ungarn, so wie jene des Erzbischofs von Mailand, das allgemeine Interesse in Anspruch. Nach dem vom päpstlichen Pronuntius im Dome celebrirten Hochamte zogen die Kirchenfürsten wieder in derselben Ordnung in den erzbischöflichen Palast zurück, wo in dem großen Ceremonienhause die Konferenzen durch eine Ansprache des ältesten Kardinals, Pronuntius Viale Brela, eröffnet wurden. (L. G.)

Wien, 8. April. [Die Börse; die Donaufürstenthümer.] Unsere Abendbörse wird nun endlich wieder zu ihrem Rechte kommen. Man versichert uns, die Maßregeln, welche die Polizei ergreifen hatte, seien höheren Orts gemißbilligt worden. Jedenfalls war der Eingriff der Polizei dem Handels- und dem Finanzminister erst dann bekannt geworden, als er nicht mehr gut zu machen war. Die Abendbörse hier aufheben, heißt die Börse überhaupt aufheben. — Ueber die Räumung der Donaufürstenthümer gehen viele Gerüchte um, die cum grano salis aufzunehmen sein werden. In einigen nicht österreichischen Zeitungen liest man, daß die Räumung bereits begonnen habe. Daran ist kein wahres Wort. (Die Nachricht von der begonnenen Räumung brachte zuerst der „Nord“, da sie uns aber mindestens sehr verächtlich erschien, haben wir sie gar nicht erst mitgetheilt. d. Red. d. „P. 3.“) Verlassen Sie sich darauf, daß unsere Regierung nicht den ersten Schritt hierin thun wird. Es ist kein Geheimniß, daß man die Räumung des Fürstenthums von Seiten der englischen und französischen Besatzungstruppen hier noch nicht so recht glaubt. Man ist der Meinung, daß bis zu dem Zeitpunkte, wo diese erfolgen soll, in der Türkei Manches sich ereignen dürfte, was eine Reokkupation und daher die Fortsetzung der alten wünschenswerth machen könnte. Unsere Regierung ist auf diese Eventualität gefaßt, und es wird eher kein Mann die Donaufürstenthümer verlassen, als bis Frankreich und England den ersten Willen gezeigt haben, ihrerseits den Befehl der Konvention zur Wahrheit zu machen. Es kann aus diesem Warten des Einen auf den Andern leicht ein Schachspiel werden, von sehr zweifelhafter Zeitdauer. (P. 3.)

Krakau, 3. April. [Vorthelhafter Einfluß der Erweiterung der Eisenbahn auf die Stadt; Witterungsverhältnisse; preussische Bergbauunternehmer in Krakau; Erwartungen von Oderberg bis Dombica gewannen unsere Stadt so sehr an Leben, daß sie fast für Jeden unkenntlich geworden, der sie seit einem Jahre nicht gesehen. Auf der Eisenbahn entwickelt sich eine Frequenz, wie man sie nicht im Entferntesten erwartet hatte. Insbesondere ist es der Adel aus der Umgegend und der Geschäftsmann, welche die Eisenbahn benutzen, theils um ihre Geschäfte selbst zu besorgen, die sie früher durch Agenten erledigen mußten, theils, um die freie Zeit auf eine vorthelhaftere Weise zu genießen. — An der Strecke von Dombica bis Rzesow, die 5 Meilen lang ist, wird schon jetzt rüstig gearbeitet, und gegen 10,000 Menschen sind bei dem Baue beschäftigt. Zu wünschen wäre es nur, daß die Direction der Strecke Krakau-Dombica mehr Energie entwickeln möchte, um die Ursachen der Unregelmäßigkeiten in dem Abgang und der Ankunft der Züge und der dadurch erfolgenden Verspätungen zu beheben, was gewiß nur ein gerechtes Verlangen des Publikums ist. — Der Winter entwickelt hier noch seine ganze Strenge, und 8—10° R. unter Null sind an der Tagesordnung. Es scheint, als ob er das polnische Sprichwort bewahrheiten wollte (Marzec, stazec), „der März bleibt stets der alte.“ Wollte Gott, daß der April sich günstiger für die Bestellung der Sommerfrüchte anlasse, wiewohl alle Anzeichen dafür vorhanden sind, daß das gegenwärtige Jahr ein fruchtbares sein werde. — Seit der Freiegebung des Bergbaues sind zahlreiche industrielle Speculanten aus Preußen eingetroffen, welche auf dem Territorium des ehemaligen Freistaates Untersuchungen auf Galmey angestellt haben. — Auch für die neu eingerichtete, und auf diesen Monat fallende Messe in Krakau haben sich sehr viele Fabrikanten und Handelsleute aus Mähren, Böhmen, Preußen, ja selbst vom Rhein, gemeldet, welche mit ihren Waaren hierher kommen wollen. Wir zweifeln nicht, daß auch zahlreiche Käufer aus den Donauprovinzen, vorzugsweise aber aus dem östlichen Rußland kommen werden, um die durch den Krieg und die langjährige Unterdrückung des Verkehrs erschöpften Vorräthe an ausländischer Waare wieder zu beschaffen. Fällt die Messe dieses Jahr für Käufer und Verkäufer günstig aus, so dürfte sich Krakau in der Folge zu einem wichtigen Stapelplatze für den Verkehr des Westens mit dem Osten Europa's herausbilden, was insbesondere für die österreichischen Produzenten von großer Wichtigkeit wäre. (W. W.)

Bayern. München, 7. April. [Eisenbahn; Wohlthätigkeit.] Am 3. d. hat das Eisenbahn-Konsortium den mit der Staatsregierung abgeschlossenen Vertrag zur Uebernahme der vier neu zu erbauenden Eisenbahnen unterzeichnet. Der Vorschlag eines Mitgliedes (des Banquiers v. Strich), das Werk mit einem Akte der Barmherzigkeit einzuleiten und den Abgebrannten von Selb und Nordthalben die Summe von 10,000 Fl. zuzuwenden, wurde mit freudiger Akklamation angenommen. (R. 3.)

Hannover, 7. April. [Der Zweiten Kammer] lag heute unter Anderem vor der Gesetzesentwurf hinsichtlich einiger Modifikationen des Zolltariffgesetzes. Der Entwurf, gegen welchen sich kein Widerspruch erhebt, enthält drei Modifikationen. Nach denselben soll die Verjährung wegen Steuer- und Zollkontingenten auf drei Jahre, wegen Ordnungswidrigkeiten auf ein Jahr festgesetzt werden. Die Veranlassung ist durch einen Beschluß des Zollvereins vom Jahre 1836 herbeigeführt. — Ferner soll die im Fall der Wiederholung androhnende Verdoppelung der Strafe auch dann eintreten, wenn der Kontingentent, ohne daß eine Verurtheilung erfolgt ist, Strafe geleistet hat; endlich soll die Geldbuße bei nicht zu ermittelndem Werth der defraudirten Gegenstände nach richterlichem Ermessen, und zwar auf 10—100 Thlr. festgesetzt werden. — Angekündigt wurde im Laufe der Sitzung ein Regierungsschreiben, außerordentliche Bedürfnisse außerhalb des Budgets betreffend.

Baden. M. Freiburg, 6. April. [Die Lage; der Erz-bischof.] In vielen Kreisen scheint man nicht recht an den Bestand des Friedens zu glauben. Unmittelbar vor dem Abschlusse noch schien es sehr kriegerisch zu sein. In Frankreich rief man das doppelte Kontingent auf, nämlich 160,000 Mann, so daß in vielen Kantonen, besonders im Oberelsaß, keine Nummer, sie mochte so hoch sein wie sie wollte, mehr frei machte. Aber die ärztliche Untersuchung scheint in ganz Frankreich sehr schlecht besorgt zu sein, da ein (schon früher von uns erwähntes

d. Red.) Rundschreiben des Kaisers die Präfelte hierauf besonders aufmerksam macht und viele bittere Worte enthält. Fast ein Drittel der vorjährigen Aushebung mußte bei den bereits eingediehenen Regimentern wieder zurückgeschickten werden. Dadurch erwächst natürlich dem Staat ein großer Kostenaufwand: die Hälfte der Mannschaft liegt in den Spitälern oder geht auf dem Marsche oder im Lager zu Grunde. Daher kommt es auch wahrscheinlich, daß die Dpfer, welche so manche französische Gemeinde zu bringen hatte, wirklich sehr bedeutend waren. Wir kennen eine Gemeinde im nahen Oberelsaß, in welcher bis jetzt schon sechszehn Todtenscheine aus der Krimm eingelaufen sind; und dennoch zählt diese Gemeinde kaum tausend Seelen. Daß man sich deshalb an vielen Orten über den Abschluß des Friedens sehr freut, und nicht Wenige beim ersten Kanonenschuß auf der Festung Reubersbach in Jubel ausbrechen, läßt sich wohl denken. Uebrigens haben wir durch den Friedensschluß jetzt wenigstens Hoffnung, daß auch die Nahrungsmittel im Preise heruntergehen werden, was gerade auch für unsere Gegend eine außerordentliche Wohlthat sein würde; denn seit drei Jahren haben viele Leute unendlich viel erduldet und wohl mancher unserer Brüder ist Hungers gestorben! — Nicht so rasch scheint der Friede möglich im Kirchengreite. Erst jetzt erfahren wir genauer, was in unserer Stadt neuich vorgegangen ist; nämlich bei der Ueberreichung des Hirtenstabes an den Erzbischof (s. Nr. 55). Einer der Gebr. Veillot, Redakteur des „Univers“, hielt eine Rede an den Erzbischof, die der Bischof von Straßburg ins Deutsche übersezte. Gegenwärtig dabei war der Hofkaplan Streble, Hofrath Busch und Prof. Schröder, vom Domkapitel aber Niemand. Der volle Inhalt dieser Rede, die übrigens voller Invektiven gegen unsere Regierung ist, steht im Letztartikel des Univers vom 22. v. M. zu lesen. Hofrath Busch wird darin sehr belobt und als Vorfechter der Partei geschildert; der Erzbischof natürlich als Märtyrer, jedoch als Besieger der Regierung und ihrer Partei dargestellt. Sehr injuriös sind auch die im Bogen des Bischofsstabes angebrachten Symbole. Unter denselben befindet sich eins, in welchem der Erzengel Michael den Teufel niederschlägt; wenn auch die Figur einen geflügelten Löwen darstellt. (Beide Embleme sind die Wappenhalter des badien Wappens; übrigens sagte die frühere Beschreibung: es sei der Tempelschänder Heliodor, den der Erzengel niederschmetterte. d. Red.) Indessen waren doch die Pariser Herren so klug, erst einige Zeit nach ihrer Rückkehr ihre gewichtige (???) Rede, so wie die Beschreibung des Bischofsstabes zu veröffentlichen; so wie sie sich wohl hüteten, diesen Letzteren am Jollante in Kehl vorzuziehen, und natürlich wurde die Chaise des Bischofs nicht untersucht. Diese Vorgänge, und die Annahme ähnlicher Huldigungen seitens des Erzbischofs sind wohl nicht die ersten Friedensweige. Indessen sind die niederen Geistlichen jetzt sehr ruhig und nur hier und da läßt sich der eine oder der andere in regierungsfeindlichen Sinne vernehmen. Man spricht gegenwärtig in der Stadt wieder davon, daß mit dem angehenden Sommersemester das Konvikt sofort eröffnet werde; allein die Verhältnisse scheinen noch nicht so weit gediehen. Uns scheint es, daß, so lange der Erzbischof lebt, nicht mehr an die Eröffnung des Konvikts zu denken ist; denn die dort von der Regierung angestellten Beamten waren von jeher dem Erzbischofe sehr unwillkommen.

Hamburg, 7. April. [Hydraulische Maschine; Anstalten zur Befestigung Helgolands.] Der „Indépendance Belge“ wird mitgetheilt, daß die hydraulische Maschine, welche die englische Regierung auf Helgoland bauen ließ, um Seewasser trinkbar zu machen, sich vortreflich bewähre. Die Maschine hat 10 bis 12,000 Pfund St. gekostet. — Auch haben die Engländer Sondirungen vornehmen, Pläne für Befestigungsarbeiten entwerfen und die Rhebe untersuchen lassen, so daß die Gerüchte, England wolle aus Helgoland eine feste Position machen, mehr und mehr Grund erhalten.

[Ein Delinquent.] Unsere Bevölkerung ist in eine aufgeregte Stimmung versetzt: der Doppelmörder Timm sollte am vorgestrigen Morgen mittelst der Guillotine hingerichtet werden. Die Behörde hatte bedeutende Vorsichtsmaßregeln getroffen: Infanterie, Kavallerie und fast die sämmtliche Polizeimannschaft sollte vorgestern Morgens 5 Uhr am Plage sein. Alle diese Anordnungen waren aber überflüssig. Nachdem am 4. Abends um 8 Uhr der Seelsorger den Timm verlassen hatte, verlangte dieser vom Gefangenwärter etwas Bier, was ihm von diesem auch bereitwillig gebracht wurde. Raum war der Gefangenwärter aber wieder eingetreten, so packte der Verbrecher, dem am 4. Morgens die Fesseln abgenommen worden waren, den Gefangenwärter, schlug ihn zu Boden, ließ wie ein Blitz zur Zellenhülle hinaus, die er mit dem im Schlosse stehenden Schlüssel verschloß, eilte über den Korridor in die Privatpfechkammer des Gefangenwärters, woselbst das Fenster unvergittert war, und stürzte sich sammt dem Fenster hinunter auf die Straße. Die Flucht mißlang aber, indem der Delinquent einen doppelten Weinschub davontrug. Nach geschehener Anzeige auf dem Stadthause wurde der Polizeiarzt und Polizeiwundarzt zu dem Unglücklichen geschickt, und der Polizeiherr ließ den Senat zusammensetzen, welcher eine Sitzung bis Nachts 2 Uhr hielt. In dieser Sitzung wurde beschlossen, die Hinrichtung fürs Erste auszusetzen. Der Unglückliche wurde nach dem Rathause geschafft. Die Frage, ob die Hinrichtung überhaupt noch stattfinden soll, wird heute an der Börse, in allen Kaffeehäusern und an allen Straßenreden debattirt. (R. 3.)

Sächs. Herzogth. Weimar, 6. April. [Die Auswanderungen] aus dem Großherzogthum nach Nordamerika, welche im vorigen Jahre bedeutend nachgelassen hatten, scheinen in diesem Jahre umfanglicher als in irgend einem der früheren Jahre zu werden. Viele Orte des Großherzogthums haben in Folge dieser Auswanderungen bereits 20 Prozent der Bevölkerung verloren.

[Landtag; Befinden des Großherzogs.] In der Sitzung des Landtages am 1. d. brachte der Abg. Dr. Bran den Antrag ein, der Landtag wolle die großherzogliche Staatsregierung ersuchen, durch den großherzoglichen Bundestagsgesandten zu Frankfurt a. M. bei dem Bundestage dahin wirken zu lassen, daß insbesondere auch nach nunmehrigem Friedensschlusse eine Verminderung der Bundesstruppenkontingente eintreten möge. Staatsminister v. Wagdorf erklärte hierauf, daß er zur Verhandlung dieses Antrages auf Schluß der öffentlichen Sitzung antragen müsse, worauf dieser Gegenstand dann in geheimer Sitzung verhandelt worden ist. — Se. K. H. der Großherzog ist noch immer nicht so vollständig genesen, daß die letzte Bewegung im Freien und Theilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums als unbedenklich gestatten könnten. (R. 3.)

Kriegsschauplatz. Die Briefe aus der Krimm vom 25. März verkünden, daß die Kräfte unter den Truppen Aussicht auf Abnahme gewährten. An demselben Tage fand eine große Revue zu Chumla statt, wo Schnee gefallen war.

Großbritannien und Irland.

London, 6. April. [Das Verhältnis Englands zu Preußen] war der Gegenstand der letzten Disraeli'schen Anträge gegen das Ministerium. Ich zweifle gar nicht daran, daß die Opposition diesen Punkt jetzt wieder aufnehmen wird. Man würde dem gewandten Politiker Unrecht thun, wollte man hinter seinen Worten eine besondere Begeisterung für Preußen und ein preussisches Bündniß suchen. Gegenwärtig dient es der jochpfeifischen Politik, in Beziehung auf Preußen den Zug zu folgen, der trotz aller Stimmungen des Moments den Engländer zu einer näheren Verbindung mit Preußen führt. Man vergegenwärtige sich nur die lange Zeit, in der Frankreich und England sich nach dem Nationalgefühl dießseits und jenseits des Kanals fern stehen mußten, während Rußland, als Verkörperung des Absolutismus, eben so wenig Sympathien wecken konnte, und Oesterreich, als absolutistischer und katholischer Staat, zwar der älteste Bundesgenosse des diplomatischen Jargons, aber keineswegs ein Bündniß John Bull's war. Preußen, das, wie Disraeli neulich bemerkte, beinahe Deutschland ist, hat bis in die letzten Jahre eine hervorragende Stelle in den Sympathien der Engländer gehabt, und wenn man sich auch für Gouvernanten und Pädagogen „keine Hannoveraner“ ausbittet, so ist die reale Bedeutung Preußens für England doch keineswegs unter dem Gezänk wegen der Neutralitätspolitik und der allerdings nicht sehr feinen Besprechung der inneren Zustände ganz aus dem Gesichte verloren. Daß hier politisches Kapital zu machen ist, hat das Mitglied für Bucks richtig gefühlt. Das Ministerium ist gewiß auf einer falschen Fährte, wenn es glaubt, durch seine abstoßende Behandlung Preußens manche gedrückte Hoffnung vergessen machen zu können. Viel richtiger handelte es vor einem Jahre, als es das Geschick wegen angeblicher Verletzung der Neutralität durch den preussischen Transithandel unbeachtet ließ und nur der „Morning Post“ die Gelegenheit gewährte, ihre völkerrechtliche Unwissenheit in einigen Leitartikeln auf einen recht hohen, hohen Scheffel zu stellen. Wir halten es für eine der leichtesten Aufgaben der preussischen Politik, sich mit England in ein dauerndes gutes Vernehmen zu setzen, eben weil so viel Gemeinsames zwischen beiden Staaten vorhanden ist. Bei den österreichischen Staatsmännern steht die Sache umgekehrt. Sie leben zum Theil, wie auch die „Trierer Zeitung“ und noch ein bedeutenderes deutsches Blatt, von dem Hass gegen England. Sollten Frankreich und Rußland sich enger zu politischem gemeinsamem Handeln fügen, ein Bund, in dem Oesterreich schwerlich der Dritte sein würde, so könnte es sich nur fragen, ob England neben den kleineren Staaten seiner Richtung lieber Oesterreich als Preußen in seine Bundesgenossenschaft zöge, und ich glaube nicht, daß ein umsichtiger englischer Staatsmann lange wählen wird. Mich sollte es nicht wundern, wenn der preußenfreundliche Zug hier zu Lande sich schon sehr bald in der Presse bemerklich machte. Gemüth zuerst mit einigen „Wenn“ und „Aber“ — Uebergänge nennen das ja wohl die deutschen Musiker — aber kommen wird dieser Umschwung, eben weil er in der Natur der Sache und in der Lage der Dinge liegt, die mächtiger sind, als die Meinungen und Neigungen der Menschen. (R. 3.)

[Umschwung der öffentlichen Meinung.] Das engl. Publikum hat keinen rechten Appetit zu den Zwischengerichten, die ihm in Erwartung der großen Friedenspastete vorgesetzt werden. Noch einmal einen Entwurf zu einem allgemeinen Volksschulwesen, noch einmal einen Entwurf zu einem neuen Straffsystem, noch einmal eine Reform der Cityverfassung; ein Gesetz über die ärztliche Praxis, zu dem über 100 Amendements eingebracht sind, eine Untersuchung über die Verfälschung der Lebensmittel, in der die Sachverständigen mit den gefährlichsten Details nicht heraus wollen, damit die Shopkeeper nicht noch mehr lernen, ein Streit zwischen den Fabrikherren und den Arbeitern, der Regierung und ihren eigenen Fabrikinspektoren, dem Oberrichter Creswell und dem Oberrichter Campbell, ob die Wellen und Trommeln zum Schutz der Arbeiter eingegittert werden sollen — kann das in diesem Augenblick die Aufmerksamkeit desselben ziehen? Der letztgenannte Streit ist schon zwischen Miß Martineau und Dickens durchgefochten, mit mehr Talent und Form, als die ehrenwerthen Gentlemen aufzubieten haben. Andere von den Fragen sind auf dem Festlande längst erledigt; und bei allen bietet die Behandlung hier wenig oder nichts Eigenenthümliches dar; man macht es oder versucht es so zu machen, wie es auf dem Festlande längst gemacht ist, und es verheißt selten ein Tag, wo nicht ein oder das andere einflußreiche Blatt ausdrücklich erklärt, England müsse es in der Verwaltung dem Festlande nachmachen. Als im vorigen Jahrhundert das Parlament etwas an der Cityverfassung änderte, war die Auslegung über diese „Usurpation“ diesen Eingriff in das Selbstgovernment, so groß, daß man bei Einführung der neuen Verordnung Artillerie um Guildhall aufpflanzte; heute hat das Parlament eine von den Bürgern und Gemeindefürsorge selbst beschlossene, sehr verständige Reform verächtlich bei Seite geschoben, und gegen die beabsichtigte Oltropirung ist noch nicht eine Stimme laut geworden. So haben sich die Zeiten geändert, und so gefährlich ist es, seine Vorstellungen vom heutigen England aus alten Büchern zu schöpfen. Was würde man in Preußen von einem Engländer denken, der sich über die gegenwärtigen preussischen Zustände aus Büchern unterrichten wollte, die unter Friedrich Wilhelm I. geschrieben? Den umgekehrten Fall aber kann man noch alle Tage beobachten, und an Schriftstellern, die mit großer Präension auftreten. Die „kölnische Zeitung“, die oft und laut als das Wesen der heutigen engl. Verwaltung das Selbstgovernment bezeichnet hat, bemerkte kürzlich, indem sie die von allen großen Städten Englands verdamnte Polizeibill in Schutz nahm, es träten Perioden ein, wo die Centralisation notwendig werde; die Frage sei aber, ob parlamentarische oder ministerielle Centralisation. Wir werden also jetzt hoffentlich nichts mehr vom heutigen engl. Selbstgovernment hören; über den Werth des Unterschiedes zwischen parlamentarischer und ministerieller Centralisation werden wir über kurz oder lang auch aufs Keine kommen. (R. 3.)

London, 8. April. [Der Friedensvertrag; die italienische Frage.] Die heutige „Morning Post“ erklärt die Angabe des Turiner Blattes „L'Opinion“, daß Rußland so wie die Türkei dem Friedensvertrage zufolge hinforn im Schwarzen Meere nicht über zehn Kriegsschiffe halten dürfe, für richtig. Der Türkei, fügt sie hinzu, werde es freistehen, eine große Flotte im Marmoramere, bei Konstantinopel und im Mittelmeere zu unterhalten. Die Anwesenheit engl. Konsuln in den russ. Häfen sei garantiert. Lord Clarendon werde vor Ablauf von zehn Tagen nach England zurückkehren. Jede auf dem Kongresse vertretene Macht werde, nachdem die Haupt Bevollmächtigten Paris verlassen, in der franz. Hauptstadt durch ihren zweiten Bevollmächtigten vertreten werden. Die heutige „Times“ enthält eine Analyse der die Angelegenheiten Italiens betreffenden Denkschrift des Grafen Cavour. Sardinien, heißt es darin, habe sich auf Seiten der Freiheit gestellt, und es gezieme den Westmächten, die Bestrebungen für die italienische Unabhängigkeit zu begünstigen. Die Denkschrift verlangt, daß dem Papste seine weltliche Macht entzogen werde und daß sich seine Thätigkeit in Zukunft nur auf die kirchlichen Angelegenheiten beschränken soll. Ein Einschreiten der Verbündeten in Neapel zur Herstellung von Bürgschaften für eine gerechte

Verwaltung wird als nöthig geschilbert; auch der in der Lombardie herrschenden Mißstimmung wird Erwähnung gethan. Die von den Oesterreichern gewährte Amnestie erklärt die Denkschrift für unbefriedigend und dringt auf die Gründung eines italienischen Zollvereins. [Ein Hoffnungsschimmer.] Bei Lyons kam am 3. d. M. ein Schreiben vom Agenten der Gesellschaft, aus Figueras, 24. März, an; es lautet: „Der „Skiptwith“ ist aus Neufundland hier eingelaufen, war 200 Meilen weit vom Lande auf Eismassen gestossen, aus deren Mitte er die Lichter eines Dampfers („Pacific“) glänzen sah.“ Der „Skiptwith“ war von St. John's in Neufundland am 13. Februar abgefegelt.

Frankreich.

Paris, 6. April. [England und der Friedensschuß; Graf Drloff.] Die Unzufriedenheit der Engländer hat in der Friedenseinleitung selbst ihr bleibendes Denkmal gefunden, indem auf den Antrag Lord Clarendon's darin gesagt wird, daß das Zustandekommen des Friedens vorzüglich den persönlichen Bemühungen des Kaisers der Franzosen zu verdanken sei. Hierdurch wird diesem von der englischen Meinung die Verantwortlichkeit für den Frieden zugeschoben. Lord Clarendon wollte auf diese Weise zugleich, wie man sich in diplomatischen Kreisen erzählt, anderen Bevollmächtigten, von denen ein solcher Antrag zu erwarten gewesen wäre, zuvorkommen. Der Kaiser erkannte mit seinem gewöhnlichen Scharfblicke das Hauptmotiv dieser „Huldigung für Frankreich“, wie Hr. v. Sacy in „Journal des Débats“ sich ausdrückte, und als er am Tage der Friedensunterzeichnung die Mitglieder des Kongresses bei sich empfing, parirte er den Streich mit viel Geschick, indem er hervorhob, daß der Friede in allen Punkten dem Programme entspreche, welches der englische Minister des auswärtigen Amtes im Parlamente entworfen hatte. Hier kann man wohl sagen: à diplomate et demi. Man will ferner wissen, der Kaiser habe absichtlich die Unterhaltung verlängert und die Bevollmächtigten, die vor Ungeduld brannten, zu ihren Gesandtschaften zurückzukehren, um ihren Regierungen das glückliche Resultat mitzutheilen, aufgehalten, damit auf diese Weise die französischen Depeschen einen Vorprung erhielten und die französischen Ambassaden in die Möglichkeit gesetzt würden, den Höfen, bei denen sie akkreditirt sind, zuerst das Ereigniß anzugeben. — Die Russen fahren indessen fort, dem Kaiser auf die offenste Weise den Hof zu machen. Folgendes wird als Beispiel von der Haltung des Grafen Drloff erzählt. Graf Pozzo di Borgo ging zum ersten Bevollmächtigten Rußlands, um diesen persönlich zu seinem Balle einzuladen, der am vorigen Sonntage stattfand. Graf Drloff, sagte der Ruffe des berühmten Diplomaten traurigen Andenkens, möge um so weniger diese Einladung ausschlagen, als er an diesem Abende Gelegenheit haben könnte, la véritable société de Paris zu sehen. „Die habe ich doch gewiß bei Hofe gesehen?“ fragte Graf Drloff. „Nein, Herr General, denn diese Gesellschaft geht nie nach den Tuilleries.“ „Wenn dem so ist, dann darf ich sie auch nicht kennen lernen.“ Drloff glänzte in der That durch seine Abwesenheit, und es läßt sich denken, wie angenehm dem Kaiser solche Huldigung hat sein müssen. (R. 3.)

[Aufnahme des Herzogs v. Broglie in die Akademie.] Die Pariser Journale sind mit der Rede des Herzogs v. Broglie angefüllt. Seit langer Zeit hat keine Versammlung der Akademie solches Aufsehen erregt. Der Sitzungssaal war schon um 12 Uhr gedrängt voll und Mancher konnte keinen Platz mehr finden. Broglie begann seine Rede mit der Frage, welchen Thaten, welchen Verdiensten er das Glück der Aufnahme in seinem Alter, in seiner Zurückgezogenheit verdanke? Es war eine Zeit — erwidert er sich selbst — wo Frankreich sich Glück wünschte, sich rühmte, mit großen Opfern eine Reihe von Institutionen erlangt zu haben, deren Wort gewissermaßen Seele und Leben war. Es war eine Zeit, wo das Land sich an den Arbeiten der beratenden Versammlungen betheiligte, sich an ihren Debatten belebte, wo das Publikum gern — man sagt sogar, zu viel — sich in die öffentlichen Angelegenheiten mischte. Zu jener Zeit ging Literatur und Politik Hand in Hand; ein enges Band verknüpfte sie. Ich, meine Herren, bin das letzte Produkt dieses freien Austausches zwischen den Wissenschaften und der Politik; der Letzte, nach Tag und Verdienst, die letzte Spur dessen, was nicht mehr ist. Dies ist mein Titel in den Augen der Akademie. Doch — fährt der Redner fort — ich irre. Eine Rücksiht sprach zweifelsohne für mich und diese geht mir gerade zum Herzen. Während vierzig Jahre war ich der Freund des ausgezeichneten Mannes (Herrn von Saint-Aulaire), dessen Verlust ich mit Ihnen zu beweinen komme, sein politischer und, Gott sei Dank, noch mehr sein inniger, treuer Freund; wir haben zusammen die guten und schlimmen Tage des öffentlichen und des Privatlebens durchschritten. Acht Jahre sind kaum verflossen, seit er, als Lohn für seine Dienste, als er eine hohe Stelle verließ, nichts Anderes wünschte, als seine Bürde auf mich zu übertragen. Sie werden gedacht haben, daß keiner unter den Bewerbern besser als ich von ihm sprechen konnte. Von ihm, von ihm allein werde ich die Akademie unterhalten.“ Der Herzog von Broglie giebt nun eine glänzende Schilderung des politischen Lebens des verstorbenen Saint-Aulaire. „In das Privatleben zurückgekehrt, hoffte Herr von Saint-Aulaire, seine letzten Tage ruhig zwischen seiner fast hundertjährigen Mutter und der Gattin seiner Wahl zu verbringen, er hoffte, es von einer zahlreichen und blühenden Nachkommenschaft umgeben, unter einer glücklichen und freien Regierung zu betenden. Die Vorsehung beschloß es anders. Es war ihm nicht verliehen, zur rechten Zeit zu sterben. Nachdem er Schlag auf Schlag in dem betroffenen wurde, was ihm am theuersten war, sah er die Regierung fallen, der er seit der Reife seines Alters gedient hatte, er sah diese edlen Institutionen, das Werk und den Stolz unserer schönen Jahre, zu Grunde gehen, er sah das Heiligthum der Geseze belagert, mit bewaffneter Hand überfallen, er sah den Bürgerkrieg unsere Städte verwüsten, die Ersten des Staats geächtet und schuldig.... Doch ich halte ein, ich habe weder das Recht noch die Absicht, mehr zu sagen. Die Ereignisse von 1848 endlich brachen das letzte Band zwischen meinem Vorgänger und dem Staate, und er verließ seine Zurückgezogenheit nicht wieder.“

Auf die Antrittsrede des Herzogs von Broglie in der Akademie erwidert Professor Risard, indem er damit beginnt, daß er der Frage des Herzogs von Broglie, „welchen Verdiensten er seine Aufnahme in die Akademie verdanke“ die Frage entgegengestellt, „aus welchen Gründen der Herzog der Akademie nicht angehören solle.“ Nach einer längeren Ausführung der Verdienste des Herzogs als Schriftsteller (dessen Styl zu bewundern, die gehaltene Rede neuen Anlaß bot), geht er auf das politische Leben St. Aulaire's, „den er nur kurze Zeit in der Akademie kannte“, und auf dessen Werke, namentlich dessen „Geschichte der Fronde“, über und fährt dann in seiner Erwidrerung auf die Rede von Broglie's wie folgt fort: „Niemand wird staunen, Niemand sich verlegt fühlen, Sie, mein Herr, in so edlen Worten eine Regierung loben zu hören, unter welcher Sie Ihrem Lande so vortreffliche Beispiele gaben. Sie haben wohl das Recht, sie zu loben, denn Keiner mehr als Sie hat ein Recht, sie zu beurtheilen. Ich wäre wirklich zu beklagen, wenn dieses Lob mich verlegen machen

würde. Ich liebe die konstitutionelle Monarchie von 1830 und habe ihr gebient. Obwohl meine politische Dunkelheit mich von dem Souveräne entfernt hielt, so stand ich ihm doch nahe genug, um von ganzem Herzen in das einzustimmen, was Sie vom letzten der Könige sagen. Niemand wird es wagen, seinem geehrten Andenken den Antheil zu bestreiten, welchen Sie ihm an Frankreich's Wohlthat unter seiner Regierung zuschreiben. Dennoch fürzte diese Monarchie zusammen. Ich sehe auf diesen Bänken Redner, welche Frankreich, Europa, achtzehn Jahre lang hörte und bewunderte. Unser Land war nur das zweite hinsichtlich der politischen Beredsamkeit; durch sie wurde es das erste. Sie, mein Herr, waren unter dieser Elite, und welche Autorität des Betragens und des Lebens gesellte sich bei Ihnen nicht zur Autorität Ihrer Reden? All' dieser Ruhm konnte das Gebäude nicht erhalten und machte seinen Sturz nur um desto staunenerregender.... Wenn die konstitutionelle Monarchie durch die Schuld der Menschen fiel, so wird es Zeit sein, deren dann zu erwähnen, wenn wir nicht mehr von den Gefahren zu sprechen haben, in welche dieser Fall uns stürzte. Diese Gefahren sind für Frankreich vorüber. Endlich zu sich selbst wiedergekommen, drängte es, seine wiedererlangte Sicherheit zu ehren, und sich, nach dieser Mißgunst der Ereignisse und der vorübergehenden Verdunkelung seines Namens, schnell wieder eine große Meinung zu erringen. Der Ruhm allein konnte es wieder erheben. Der Fürst, den es an seine Spitze stellte, ließ es nicht lange darnach sehnen. Wenn es Herrn von Saint-Aulaire vergönnt gewesen wäre, noch einige Jahre zu leben und zu sehen, was in dieser denkwürdigen Zeit Frankreich durch die Hand des Fürsten vollbrachte, welcher den ersten Stein zum Gebäude legte, so glaube ich seinem Andenken nicht Unrecht zu thun, wenn ich sage, daß die persönliche Treue, welche beim Ehrenmann eine Stelle mit der Gerechtigkeit hat, ihn nicht verhindert haben würde, über diesen Ruhm seines Landes glücklich und stolz zu sein.“

[Die Rede des Herzogs v. Broglie; der „Nord.“] Das „Pays“ widmet der letzten Sitzung der Akademie und der Rede des Herzogs von Broglie (s. ob.) einen längeren und für das Institut selbst höchst beunruhigenden Artikel. Es findet, daß de St. Aulaire, der sich bei allen Ereignissen von den Konsulaten bis zur Revolution von 1848 betheiligte, genug Stoff zu politischen Anspielungen und schlecht verdeckten Angriffen darbieten konnte, welche die Taktik der franz. Akademie definitiv geworden seien. Die Rede des Hrn. von Broglie, meint das „Pays“, war ganz einfach eine eben so lange wie glänzende Rehabilitation der Fronde und des Systems, das die Monarchie von 1830 gründete und das ein Hauch des Volkes über den Haufen warf. Das „Pays“ will es Hrn. von Broglie nicht verübeln, daß er seinen politischen Meinungen treu geblieben ist; es verlangt von Niemandem, selbst nicht von den höchsten Intelligenzen, daß sie die großen Thaten des neuen Regime und dessen Ueberlegenheit über die anderen Regimes anerkennen. Es erwartet, daß die Geschichte, von den Leidenschaften der Zeitgenossen befreit, demselben Gerechtigkeit widerfahren lasse. Was jedoch dem „Pays“ nicht gefällt, ist, daß die Akademie darauf besteht, die große Tradition zu verlassen, die aus dem Institute den Mittelpunkt der Wissenschaften und Künste gemacht hat, um auf den treulosen Boden der Politik herabzusteigen. „Sie gestaltet ihre Feielerlichkeiten“, fährt das „Pays“ fort, „in eine Art Kampfplatz um, wo sich alle alten Parteien Rendezvous geben, und wo man hinter dem Busche boschafte Anspielungen macht und einen der ausgezeichneten Mitglieder der Akademie sowohl als der Akademie selbst unwürdigen Guerillakrieg führt. Wir glauben, daß diese Lage die wahren Freunde der Literatur tief beträben muß. Der Glanz des Talentes, die Macht der Beredsamkeit kann uns diese bedauernswürthen Resultate nicht vergessen machen, und je mehr wir die hohen Geister schätzen, die in die Akademie berufen werden, desto mehr müssen wir bedauern, daß dieselben einen falschen Weg gehen und den oppositionellen Leidenschaften einiger Salons die Rechte der Wissenschaft und das unverletzliche Asyl aufsporn, wo ihr Kultus, von allen politischen Agitationen befreit, ausgeübt werden soll.“ So weit das „Pays“. Ein Dekret des „Moniteur“ wird möglicherweise dem Artikel des halboffiziellen Journals als Schluß folgen. — Dem Brüsseler „Nord“ ist jetzt der Eingang in Frankreich gesichert worden. Die hiesigen Behörden bieten übrigens Alles auf, um die letzte Spur der russisch-französischen Feindschaft vergessen zu machen. So erhielten die hiesigen Besitzer der Cafés Chantants Befehl, das Singen der Spottlieder auf die Russen nicht mehr zu gestatten. (R. 3.)

Marseille, 7. April. [Telegr. Dep. aus Konstantinopel.] Der „Maedard“ hat Nachrichten aus Konstantinopel vom 31. März überbracht. Darnach ist dort die Friedensnachricht durch Artilleriepatronen angekündigt; auf Befehl des Generals Larchey sind 101 Kanonenschüsse abgefeuert. Das russ. Gesandtschaftshotel ist geräumt worden, und zwar auf Befehl aus Paris; bekanntlich diente das Hotel zum Hospital. Ismail, erster Stellvertreter Omer Pascha's, war nach Trapezunt und Grzerum abgereist; er sollte Varna berühren, um von dort Truppen mitzunehmen; fünf Bataillone sollten unmittelbar folgen. General Karidch hatte sein Material zur Verfügung der franzöf. Hospitaler gestellt. Die Generale Della Ghiesia und Della Torre hatten sich auf dem „Governolo“ eingeschifft, um nach Genua zurückzukehren.

Niederlande.

Haag, 4. April. [Eine Adelsverleihung.] Mittels Beschlusses vom 1. April hat der König dem Staatsminister Herrn van Hall das Adelsdiplom verliehen. Dieser Beweis der königlichen Guld ist in dem jetzigen Augenblicke von besonderer politischer Wichtigkeit. Seit einiger Zeit werden durch die ultraprotestantische Partei alle möglichen Hebel angelegt, um das Ministerium zu stürzen, welches dieselbe der Konning gegen die Ultramontanen beschuldigt, und es wurde von Vielen erwartet, daß sie den jährlichen Besuch des Hofes in Amsterdam, wohin derselbe sich gestern begeben hat, zu einem neuen Sturm benutzen würde, um bei dem Könige ihren Zweck zu erreichen. Indem der König durch obige Auszeichnung dem Herrn van Hall, welcher anerkannter Maassen die Seele des jetzigen Ministeriums ist, einen Beweis seiner Zufriedenheit und seines Wohlwollens gab, dürfte im Voraus die Vergeblichkeit eines jeden Versuches der angegebenen Art dargehan sein. (R. 3.)

Belgien.

Brüssel, 7. April. [Ablauf des Zollreglements; Reform des Zolltarifs.] Der „Moniteur“ zeigt an, daß mit dem 15. d. das Zollreglement, welches die Beziehungen der belgischen und rheinischen Eisenbahnen regelt, abgelaufen ist. Die notwendigen Aktenstücke für die Einfuhr von Waaren nach Preußen müssen von nun an belgischer Seits im Grenzureau von Verviers aufgesetzt oder vervollständigt und in deutscher Sprache abgefaßt sein. Alle Spediture werden veranlaßt, ihre Deklarationen und Frachtbriefe in Bezug auf Eigenschaft, Gewicht und Bestimmung ganz genau anzugeben, indem die belgische Eisenbahnerverwaltung für sonst eintretende Verzögerungen keine Garantie übernimmt.

Von dem belgischen Verein für Reform des Zolltarifs ist beschlossen worden, im September einen großen internationalen Kongress zu diesem Zwecke einzuberufen. Ein ähnlicher fand im Jahre 1847 statt. Der diesjährige fällt in die Zeit, da die Ausstellung von Produkten zu billigen Preisen stattfindet. Belgien, als kleines Land, will alle Schranken niederreißen, welche noch Hindernisse in den Weg legen, daß es einer der großen internationalen Märkte von Europa werde.

Schweiz.

Bern, 3. April. [Der Bundesrath; Degiorgi-Prozess.] Der Bundesrath hat sich mit einer Note vom 24. März beim päpstlichen Geschäftsträger in Poststrennung des Kantons Tessin vom Bischof Como verhandelt. — In Appello haben die Verhandlungen des Degiorgi-Prozesses vor dem Appellationsgericht begonnen. (Schw. M.)

Italien.

Rom, 1. April. [Kirchliche Einrichtung.] Zur Steuer des wachsenden Sittenverderbens hat der Papst eine für Rom neue kirchliche Einrichtung treffen lassen, welche zugleich mittelbar anerkennt, daß die Wohlthat des Volkswortrechts durch die Predigt in dem Grade des Bedürfnisses hier nicht vorhanden war. Eine gestrige lange Bekanntmachung des Generalvikars bestimmt daher, daß fortan, wenige Zeiten des Jahres ausgenommen, sonntäglich in sechs genannten römischen Kirchen (worum die der Jesuiten) eine Nachmittagspredigt zur Belehrung des Volkes stattfinden soll.

Turin, 4. April. [Die zweite Kammer] hat in ihrer Sitzung vom 30. v. M. hinsichtlich der Interpellationen Brofferio's über die Todesstrafe und Organisation des Gefängnißwesens die Diskussion beendet und eine vom Abgeordneten Buffa vorgeschlagene, folgendermaßen lautende Tagesordnung angenommen: „Die Kammer hegt die Zuversicht, daß die Regierung bemüht sein wird, die begonnenen Reformen mit weiteren Vorschlägen zu vervollständigen, um so die verschiedenen Theile der Kriminalgesetzgebung unter sich und mit den Prinzipien der piemontesischen Institutionen in Einklang zu bringen, und geht zur Tagesordnung über.“

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 2. April. [Das f. Friedens-Manifest] — f. Nr. 80 — lautet: Von Gottes Gnaden Wir Alexander der Zweite, Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen, König von Polen u. s. w. thun männiglich kund: Der hartnäckige blutige Kampf, welcher Europa fast drei Jahre lang heimgesucht hat, ist zu Ende. Er war nicht von Rußland hervorgerufen, und noch vor dem Beginne desselben erklärte Unser jetzt in Gott ruhender übergeklärter Vater feierlich allen Seinen treuen Unterthanen und allen fremden Mächten, daß der einzige Zweck Seiner Bestrebungen und Wünsche der sei, die Verbindungen Unserer Glaubensgenossen im Orient zu befestigen. Allen eigennütigen Absichten fremd, konnte Er nicht erwarten, daß Seine gerechten Forderungen die Beiden des Krieges zur Folge haben würden, und da Er mit schmerzlicher Empfindung diese Beiden betrachtete, so hörte Er als Christ und als väterlicher Vater der ihm von Gott anvertrauten Völker nicht auf, Seine Bereitwilligkeit zum Frieden zu erklären. Allein die nicht lange vor Seinem Ableben erhofften Unterhandlungen über die Bedingungen dieses für Alle gleich notwendigen Friedens hatten keinen Erfolg. Die Mächte, welche ein Uns feindliches Bündniß geschlossen hatten, stellten während der Negotiationen ihre Bedingungen nicht ein, sondern verstärkten sie vielmehr; der Krieg nahm seinen Fortgang, und Wir hoben ihn mit fester Zuversicht auf die Gnade des Höchsten, mit festem Vertrauen auf den unerlöschlichen Geist Unserer geliebten Unterthanen geführt. Sie haben Unsere Erwartungen gerechtfertigt. In dieser schweren Prüfungszeit haben sich, wie immer, sowohl Unsere treuen tapferen Heere, als auch alle Stände des russischen Volkes ihrer großen Bestimmung würdig gezeigt. In Unserem ganzen Reiche, von den Ufern des Ostsees bis zum Schwarzen und Balthischen Meere, herrschte ein Gedanke, ein Entschluß, weder Ruhe noch Leben für die Erfüllung der Pflicht, für die Vertheidigung des Vaterlandes zu schonen. Panduren, welche kaum den Pflug und die von ihnen bearbeiteten Felder verlassen hatten, eilten, sich zu wappnen zum heiligen Kampfe, und gaben erfahrenen Kriegern nichts nach in Unergründlichkeit und Selbsterverleugnung. Neue glänzende Thaten der Tapferkeit haben diese letzte Zeit Unseres Streites mit mächtigen Gegnern verberlicht. Der Feind wurde von den kühnen Sibirien und des Weigen Meeres zurückgeschlagen, wie von den Bollwerken Sweborgs, und die heldenmüthige elmsländische Vertheidigung der im Angesichte und unter dem Feuer der Belagerer aufgeführten südlichen Befestigungen von Sebastopol wird im Gedächtniß der spätesten Nachwelt fortleben. In Asien mühte nach den ruhmvollen Siegen der beiden vorangegangenen heldenreichen Kriege mit seiner zahlreichen, fast die ganze anatolische Armee bildenden Garnison sich Uns ergeben und die ihm zu Hülfe gezogenen besten türkischen Truppen wurden zum Rückzuge genöthigt. Zwischen hat die Vorlesung in ihren unergründlichen, aber stets heilsamen Nachschüssen ein Ereigniß herbeigeführt, welches sowohl Unser geliebter Vater als auch Wir und mit uns ganz Rußland so eifrig und einmüthig ersehnt haben, ein Ereigniß, welches der erste Zweck des Krieges war. Das künftige Gutes und die Rechte aller Christen im Orient sind gesichert. Der Sultan erkennt sie feierlich an, und in Folge dieses Aktes der Gerechtigkeit tritt das ottomanische Reich in den allgemeinen Verband der europäischen Staaten ein. Rußen! Eure Mühen und eure Opfer waren nicht vergeblich. Das große Werk ist vollendet, wenn auch auf anderen nicht vorhergesehenen Wegen, und Wir können jetzt mit ruhigem Gewissen diesen Opfern und Anstrengungen ein Ende machen, indem Wir Unserem geliebten Vaterlande den kostbaren Frieden wiedergeben. Um den Abschluß der Friedensbedingungen zu beschleunigen und um auch für die Folge den bloßen Gedanken an irgend welche von Unserer Seite gehegte Absichten des Ehrgeizes und der Eroberung fern zu halten, haben Wir eingewilligt in die Freistellung einiger besonderer Vorlesungen gegen den Aufwachen Unserer Kriegsschiffe mit den türkischen auf dem Schwarzen Meere und in die Ziehung einer neuen Grenzlinie in dem südlichen, der Donau zunächst liegenden Theile Mesopotamiens. Diese Konventionen sind nicht erblich im Vergleich mit den Vöthen eines andauernden Krieges und mit den Vortheilen, welche die Herstellung der Ruhe Unserem von Gott Uns anvertrauten Reiche verleiht. So mögen denn diese Vortheile durch Unsere und aller Unserer getreuen Unterthanen vereinte Bemühungen in hohem Maße errungen werden. Mit Hülfe der himmlischen Vorlesung, welche Rußland stets gesegnet hat, möge sein inneres Gedeihen sich bestärken und vervollkommen; Gerechtigkeit möge sich das Streben nach Aufklärung und nach jeder nützlichen Thätigkeit entfalten, und Jeder möge unter dem Schirme der Gerechtigkeit, die für Alle gleich gerecht sind und Alle gleich schützen, in Frieden der Frucht seiner harmlosen Arbeit sich erfreuen. Endlich, und dies ist Unser erster und lebhaftester Wunsch, möge das Recht des lebendigen Glaubens, indem es die Geister erleuchtet und die Herzen stärkt, mehr und mehr die gesellschaftliche Eitelkeit, dieses sicherste Pfand der Ordnung und des Glückes, bewahren und erhöhen.

Gegeben in St. Petersburg, den 19. März, im Jahre der Geburt Christi tausend achthundert sechs und fünfzig, Unserer Regierung im zweiten Alexander.

Donaufürstenthümer.

Jassy, 21. März. [Konflikt zwischen Regierung und Kirche.] Schon seit einiger Zeit besteht eine Art Spannung zwischen dem Fürsten und dem Metropoliten, weil unter den Unterzeichnern der gegen den Fürsten in Konstantinopel überreichten Beschwerde der Name des Metropoliten vorkam. Außer dem türkischen Metropolit gegen die Beschwerdeführer erwirkte sich der Fürst bei der Pforten-Regierung auch eine sogenannte Trabe, mit der Ermächtigung, den Metropoliten zu suspendiren. Da nun alle diese Schritte des Fürsten hier allgemein bekannt sind, so konnten sie natürlich dem Metropoliten auch nicht entge-

hen. Dadurch aufgereizt, suchte der Letztere eine Gelegenheit sich zu räthen und brach sie, wie man sagt, von Zaune. In mehreren Nummern des „Donaufürstenthums“ erschien von walachischen Dichter Kojetti — einem in Paris lebenden Emigranten — eine Rezension der Gedichte des Volkspoeeten Alexandri. In der 17. Nummer des erwähnten Journals bei der Beschreibung einer Strophe, wo die Rede von heiligen Bildern und Reliquien ist, ergeht sich der Rezensent tabelnd über diejenigen Freigelasser, welche über Reliquien und auch über einige Lehren des „Sohnes des Zimmermanns“, d. h. Christi, sich lustig machen. Diese Stelle ist gerade zu Gunsten der Religion; dennoch nahm der Metropolit Aergerniß an der Benennung „Sohn des Zimmermanns“, obwohl dieselbe, insbesondere in geistlichen Gedichten, nicht ungewöhnlich ist. Der Metropolit stellte nun an das Staatssekretariat die formelle Frage: ob der betreffende Artikel mit Zustimmung der Regierung gedruckt worden sei? Die Antwort erfolgte bejahend, mit der Bemerkung, daß man darin nicht nur nichts Anstößiges, sondern sogar Günstiges für den Glauben finde. Dessenungeachtet ließ der Metropolit in der Hauptkirche eine von dem Rektor des Seminars zu Socola verfaßte Rede öffentlich verlesen, worin behauptet wird, daß die Religion in Gefahr sei und die Kirche unter der Autorität der Regierung beschimpft werde. Hierauf berief der Kirchenfürst eine aus den in Jassy wohnhaften und zufällig anwesenden Bischöfen und Hegumenen zusammengesetzte Kirchensynode, in welcher der Vorschlag gemacht wurde, alle Kirchen der Moldau zu schließen. Der Fürst, von diesem Skandal unterrichtet, beschlöß den auswärtigen Hegumenen, die Hauptstadt sogleich zu verlassen und sich unverzüglich zu ihren Klöstern zu begeben, und Tags darauf wurde der „Donaufürstenthum“ unterdrückt. Umsonst haben sich die einflussreichsten Personen für das Journal verwandt, indem sie vorstellten, daß auch das Ansehen der Regierung darunter leide, nachdem sie einmal die ganz grundlos angefochtene Stelle offiziell in Schutz genommen; umsonst hat man andere Ausgleichungswege vorgeschlagen; der „Donaufürstenthum“ mußte geopfert werden. Hierauf legte der nicht lange vorher zum Staatssekretär ernannte G. Kantakuzeno seine Stelle nieder, welche auch sogleich einem der Söhne des Fürsten verliehen wurde. Ob dadurch auch der Friede zwischen Regierung und Kirche hergestellt worden sei, wird die Folge zeigen. Allein die böse Welt will wissen, daß der „Donaufürstenthum“ nicht dieses Streites halber gefallen ist, sondern wegen eines Artikels in der 21. Nummer, wo der Redakteur von „Unzukunftslichkeiten im 1. Theile des 1. Bandes unseres Gesellschaftsbuches“ spricht, welche Stelle das Staatsoberhaupt auf sich und seine Regierung bezogen haben soll. (D. Z.)

Asien.

Perrien. — [Die Nachrichten aus Eiflis] sind vom 7. März. Die Perrier haben sich der Insel Karak im persischen Meerbusen bemächtigt. Der Kriegsminister des Schah war gestorben; der Chan Barabekjan war gefangen gefest.

Amerika.

[Neueste Nachrichten.] Die „Arabia“ ist mit Briefen vom 27. März aus New-York angekommen. Die Nachrichten sind friedlich. Herr Clayton hat im Senat einen Krieg mit England für eine Unmöglichkeit erklärt.

[Einwanderung.] Der „A. Z.“ wird von hier geschrieben: Allen Ansehen nach gehen wir einer harten Prüfungszeit entgegen, die zum größten Theil unser bornirter Uebermuth heraufbeschworen. Wir haben den Unsinn des Nativismus und der protestantischen Intoleranz walten lassen neben anderen knabenhaften Aeußerungen einer mangelhaft erzogenen oder geradezu ungezogenen Menge, die sich launenhaft auf das Majoritätenrecht stützt. Wer Wind sät, wird allezeit Sturm ernten. Ein Sturm über Meinung, gerechter Verwerfung unserer Inhumanität und Ungastlichkeit, verschleuderte den befruchtenden Regen der Einwanderung, die im vergangenen Jahre in unsern Hafen allein um einsehr Bedeutendes geringer ausfiel als 1854. Während 1855 nur 54,038 Deutsche ankamen, betrug 1854 deren Anzahl 179,648. Der Sturm erregten Mißvergnügens durch Know-nothing-Barbarismus und dergleichen schreckte aber nicht nur von unsern Küsten zurück, sondern veranlaßte, außer einer sehr ansehnlichen Rückauswanderung nach Europa, verschiedene Auswanderungsprojekte unter unsern Bewohnern nach andern Theilen America's. Am bedeutendsten darunter scheint die sich vorbereitende Massenauswanderung katholischer Iren nach Canada und Minnesota werden zu wollen, an deren Spitze die kathol. Geistlichkeit steht, von welcher bereits vierzig Mill. Dollars zu dem Auswanderungszweck gesammelt worden sind, wie durch eine neulich in Buffalo gehaltene Konvention bekannt wurde. Die Canadianer leiden indessen an derselben Krankheit, wie die Yankee's, indem sie gegen dieses Einwanderungsprojekt remonstrirten. Welch ein Compliment für die kathol. Geistlichkeit, deren Einsicht über Gefährdung kirchlichen Sinnes hier zu Lande klagte. Minnesota allein scheint kluge Leute zu besitzen, die den Vortheil einer solchen massenhaften Einwanderung arbeitsfähiger und arbeitsfähiger Menschen begreifen in einem Lande, das nur der Befriedelung bedarf, um sich zum Centrum der maachgebenden Bevölkerung Nordamerica's aufzuschwingen. Billiges Ueberkommen mit der katholischen Geistlichkeit, brüderliche Verträglichkeit und Entfaltung des protestant. Fanatismus können zu diesem schönen Ziel hinführen, auf Unkosten Unverständiger, die durch einfältigen Fremdenhaß und Ungerechtigkeiten aller Art nicht nur ungebildete Massen erbittern, sondern auch den intelligenten Theil der Einwanderung gegen den Republikanismus aufbringen, wie sich derselbe hier kund giebt. Ich kann Sie versichern, daß unter den Anhängern der republikanischen Staatsform, welche deshalb Deutschland seit 1848 verließen, kaum noch einige wenige zu finden sind, welche nicht entschieden gegen den hiesigen Republikanismus protestiren, wie sich derselbe äußert und nach Lage der Dinge äußern muß. „Der Himmel behahre Deutschland vor einer solchen republikanischen Wirthschaft!“ hört man unter den Deutsch-Amerikanern immer öfter sagen. Wenn irgendwo, was Staatsformen anlangt, das Wesen der Sache von der Form leicht zu unterscheiden, so ist es hier der Fall, wo die Dinge sich ungenirt ausbilden und zeigen können. Man darf sich nur nicht gerade von der vielfach sehr freigebig gespendeten hohlen, lobhudlerischen Phrasenmacheret Sand in die Augen streuen lassen, wie das gleichwohl besonders deutschen Reisenden widerwärtig, und die nackte Wirklichkeit tritt so grell heraus, wie der unglaubliche Zustand unserer Straßen, die grundlosen Düngerstätten gleichen, durch welche leichte Wagen kaum mit einem Vierspann zu führen sind. Unsere Stadtverwaltung scheint die Menge armer, zerlumpter Kinder zu bedenken, welche sich durch Gehbarmachung der Kreuzpfade auf den Straßen einige Cents erbetteln.

Vom Landtage.

Herrenhaus. [Sitzung am 9. April.] Das Mitglied des Herrenhauses v. Karstedt hat folgenden Antrag gestellt: Das Herrenhaus wolle be-

schließen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, eine Gesetzbildung vorzubereiten, welche die Einführung fideikommissarischer Successionsordnungen und Bestimmungen bei kurmärkischen (einschließlich altmärkischen) und neumärkischen Lehnen erleichtert — und die Gesetzbildung nach Anhörung des Provinzial-Landtages dem Herrenhause und dem Hause der Abgeordneten baldmöglichst zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.“ Gründe: Voraussetzliche übermäßige Verschuldung der kurmärkischen und neumärkischen Lehne in Folge der bestehenden Successionsordnung und gleiche Berücksichtigung mit den Lehnbefizern anderer Landesheile. — In der heutigen Sitzung wurde dieser Antrag einer besonderen Kommission zur Vorberatung und Berichterstattung überwiesen. Hierauf verhandelte das Haus über den Antrag des Dr. Brüggemann, betreffend die baldmöglichste Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen Wiederherstellung der geistlichen Gerichtsbarkeit in Pommern für Katholiken. — Die Justizkommission hat dem Hause einstimmig vorgeschlagen, folgenden Beschluß zu fassen: „In Erwägung, daß das Herrenhaus sich nicht veranlaßt finden kann, in einer Sache, welche die Gründung innerer kirchlicher Einrichtungen voraussetzt, und deshalb besondere Schwierigkeiten und Rücksichten für die Staatsregierung bietet, mit selbständigen Anträgen vorzugehen; in Erwägung ferner, daß eine Reform der allgemeinen bürgerlichen Legislation über Ehescheidungen bevorsteht, und es deshalb nicht an der Zeit ist, besondere Festsetzungen für die eine Konfession zu treffen, geht das Haus über den Antrag des Dr. Brüggemann zur Tagesordnung über.“ Gegen die Annahme dieses Beschlusses sprachen der Antragsteller und Graf Merveldt, für denselben aber Göze und Stahl, wiewohl sie das Bedürfniß des Antrages anerkannten. Der Justizminister erklärte, daß er die Motive im Auge behalte, und daß auch die Regierung beabsichtige, in der Reform der Ehegesetzgebung fortzufahren, daß aber die Lösung eine sehr schwierige sei. Der Kommissionsantrag wurde angenommen.

Haus der Abgeordneten.

[Sitzung am 9. April.] Im Abgeordnetenhaus wurde die rheinische Gemeindeordnung bis zum Art. 58 weiter beraten. Die Verbesserungsanträge des Abg. v. Querswald wurden meist abgelehnt. Der Abg. v. Sauten beklagte sich, daß die Rechte, weil sie in der Majorität, immer Anträge auf Schluß stiele, sobald nur kurze Zeit debattirt sei, um so die Linken gleich mundtot zu machen; er wolle nun aber auch immer namentliche Abstimmung beantragen. Die Diskussion über diesen Zwischenfall war sehr lebhaft, gewann aber dadurch ein Ende, daß v. Sauten seinen Antrag auf namentliche Abstimmung zurückzog.

lokales und Provinzielles.

z. — Posen, 10. April. [Dr. Goldenblum.] Der durch seine literarische Thätigkeit bekannte Orientalist, Dr. A. Z. Goldenblum aus Wien, weilt seit einigen Tagen bei seiner Durchreise in unserer Stadt. Dr. Goldenblum ist unser Landsmann; er ist in Kempen, in der Provinz Posen, geboren und machte auch seine wissenschaftliche Laufbahn in Preußen. Außer seiner ausgezeichneten Kenntniß der orientalischen Sprachen ist Dr. Goldenblum auch ein tüchtiger Numismatiker, und machte wir bei dieser Gelegenheit auf einen Aufsatz in den „Wiener Mittheilungen 1855“ aufmerksam, der von dem gründlichen Wissen dieses geschätzten Gelehrten zeugt. Die numismatischen Studien machte Dr. Goldenblum unter dem k. k. Regierungsrathe Professor Dr. v. Arneth, Direktor des k. k. Münz- und Antikenkabinetts in Wien.

† Koźmin, 5. April. [Sittliche Verwahrlosung; Nothstand; Chausseebau.] Wie weit oft die Gefühlslosigkeit Einzelner, selbst gegen ihre Blutsverwandten, gehen kann, wollen Sie aus dem Nachfolgenden ersehen. Dem Tagelöhner Jakob K., der bei den Maurern beschäftigt wird, milh während der Sommerzeit gutgelohnte Arbeit hat, sich auch, wie das Gerücht behauptet, im Besitze von Geldmitteln befindet, war vor ungefähr acht Tagen eine bei ihm zum Besuch von Kollin, Kreis Pleschen, gekommene Schwester gefordert. Er bewohnt ein ihm gehöriges Haus, worin sich nur eine Stube befindet. In diese Stube, hinter einen Ofen, legt er den Leichnam und bedeckt ihn mit Wollen. Einige Tage darauf stieß auch seine Mutter. Heute hatte ein Polizeidiener den Auitrag, den K. auf das Rathhaus zu citiren, und als er in dessen Wohnhaus trat, bemerkte er die Leichen, von denen die eine, bereits in Fäulniß übergegangen, einen pestartigen Geruch verbreitete; daß K. veranlaßt wurde, sofort die Leichen zu beerdigen, können Sie sich wohl denken. Würde er dies wohl bald gethan haben, wenn nicht zufällig der Polizeidiener zu ihm gekommen wäre? Wir vermögen diese Frage nicht zu beantworten. Er entschuldigt sich damit, er sei nicht im Stande gewesen, die Kosten des Begräbnisses zu tragen. Dies ist nur eine Ausrede, da ihm auch heute vom Westlichen nichts abgefordert worden ist, überdies auch die Begräbniskosten gerade hier bei der katholischen Kirche äußerst gering sind. Der Grund liegt tiefer, und wir glauben ihn darin suchen zu müssen, daß dieser Mensch Jahre lang die Kirche nicht mehr besucht und in einen Zustand der sittlichen Verwahrlosung verfallen ist. Retkewürdig bleibt dabei, daß K. kein Drunkenbold ist. — Seit drei Tagen hat der Frühling begonnen. Die Saaten erheben sich und zeigen, daß sie nicht gelitten haben. Der Raps dagegen soll vielfachen Auslagen zufolge stark gelitten haben. Eine segensreiche Ernte wäre uns ganz besonders zu wünschen, da im hiesigen Kreise Bürger, Gutsbesitzer und Bauern gleichmäßig heruntergekommen sind. Namentlich ist es der Verlust der Schafheerden, die im vergangenen Jahre noch reichlich geblieben, in diesem der Seuche erlegen sind, was denn das Maß des Unglücks auch bei den größeren Besitzern noch mehr gefüllt hat. — Vor einigen Tagen haben die Feldarbeiten an der Chaussee nach Pogorzella und nach Orla begonnen. Der Arbeiter haben sich nicht zu viel gemeldet. Das Proletariat wird sich nur ungern zur Arbeit verstehen. In der Gegend sind die Ackerbesitzer schlecht daran. Arbeiter erhalten sie selbst für schmerzliches Geld nicht, und im Winter möchten sie die Personen, die höhnend im Sommer die Arbeit von sich gewiesen haben, unterstützen. Hier kann nur im Wege der Gesetzgebung geholfen werden, und zwar durch ein Gesetz, daß Jeder, der zur Arbeit tauglich, der ihm zugewiesenen Arbeit sich gegen ortsüblichen Lohn unterziehen muß, wenn er nicht nachweisen kann, er habe anderweit Arbeit anzutreten. Die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen wegen Bestrafung Arbeitsschwerer sind unzureichend, weil sie zu viel Börslichkeiten und Beweismittel verlangen.

† Bromberg, 8. April. [Hohe Reisende; Dampfschiffahrt; Berurtheilungen.] Gestern Abend 6 Uhr trafen hier mit dem Berliner Personenzuge Se. K. Hoheit der Großherzog George von Mecklenburg-Strelitz nebst Gemahlin, der Großfürstin Katharina von Rußland, und Gefolge ein. Auf dem Perron wurden die hohen Reisenden von den Spitzen der hiesigen königl. Civil- und Militärbehörden begrüßt und fuhrn sodann nach Moritz's Hotel, woselbst sie übernachteten. Heute reisen Höchstdieselben mit dem Dirschauer Schnellzuge nach Plettsburg ab. — Heute Vormittag wurde das erste, dem hiesigen Speibetreib-

Rosenthal gehörige eiserne Flußdampfschiff mit flachem Boden, das hier unter Leitung des Erbauers (Eiser aus Goblitz) zusammengestellt worden, in Gegenwart vieler Zuschauer glücklich vom Stapel gelassen, um auf dem Wasser mit der Maschine armt zu werden.

Mutter habe diese Briefe geschrieben, und ihn zum Betteln angelockt, ja ihn sogar durch Schläge dazu gezwungen. Zu Mittag dürfe er nicht nach Hause kommen und, wenn er Abends kein Geld bringe, werde er, ohne Essen zu erhalten, hinausgejagt.

Angekommene Fremde.

Vom 10. April.

- HOTEL DE BAVIERE. Hauptmann Klog aus Breslau; Partifuller v. Malczewski jun. aus Kruchow; Gen.-Bevollmächtigter v. Breanski aus Mikoslaw; die Gutsb. v. Wondanski aus Skawowo, Gehr. Dwig aus Lowenau und Frau Gutsb. Nasse aus Glegowice.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Freiwillige Substation. Königliches Kreis-Gericht zu Posen, II. Abtheilung. Das in der Stadt Posen auf deren Vorstadt St. Martin, Friedrichstraße Nr. 34, belegene, im Hypotheknbuche unter Nr. 239 A. eingetragen, den Erben des Konditors Lucio Bassalli und der Marianna Bassalli geborenen Gode gehörige, nach der nebst Verkaufsbedingungen in unserer Registratur (Bureau III.) einzusehenden Tare auf 18,593 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf. abgeschätzte Hausgrundstück, soll Behufs der Theilung unter die Erben im Wege der freiwilligen Substation verkauft werden.

Borchardt als Arzt vorsteht, ganz in der Nähe der durch ihre reizenden Spaziergänge ausgezeichneten Schleusenparthien liegt und den geehrten Kurgästen alle zu ihrer baldigen Wiedergenesung nöthigen Mittel darzubieten im Stande ist.

Einem hohen Adel und verehrten Publikum

beehre ich mich gehorsamt anzuzeigen, daß ich wieder mit sehr bedeutenden Gutseinkäufen betraut bin, und um das mir bisher geschenkte Vertrauen bei meinen vielen Geschäften besonders zu rechtfertigen und allen Ansprüchen meiner geehrten Kunden prompt, reell und gewissenhaft nachzukommen, mich mit einem in jeder Branche der Dekonomie erfahrenen, bekannten Manne verbunden habe.

W. Urbach,

Hof-Expeditur Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen. Berlin, Bernburgerstr. Nr. 9.

Frisch gebrannter Kalk ist fortwährend zu haben in der Kalkbrennerei zu Großdorf bei Birnbaum bei Theodor Werner.

Maschinenbauer F. Menzel in Posen, Schroda Nr. 69, empfiehlt sich zur Anfertigung von Häcksel- und Dresch-Maschinen, Kofwerken jeder Art, Delmühlen, Schrot- u. Mehlmühlen, mechanischen Vorrichtungen in Brennereien und Zuckerraffinerien, englischen Drehrollen, so wie sonstigen landwirthschaftlichen Maschinen.

Zu diesem Zwecke ist ein Termin auf den 18. Juni Nachmittags 3 Uhr vor dem Kreisrichter Körbin angesetzt, zu welchem Kauflustige hierdurch eingeladen werden. Posen, den 22. Februar 1856.

Bekanntmachung. Die Legung der Gasröhren in den Straßen hat begonnen. Es erscheint zweckmäßig, daß sich alle diejenigen, welche Gaslicht zum Privatgebrauche in ihren Wohnungen und Läden u. wünschen, bei Zeiten im Bureau der Gasanstalt melden, damit bei der Legung der Straßen-Hauptröhren gleichzeitig die Zweigröhren nach den Häusern hin angebracht werden können. Posen, den 6. April 1856.

Die Direktion der Gasanstalt. Unterricht im Pianofortespiel wird billig und gut erteilt Mühlenstraße Nr. 16 eine Treppe hoch.

Auktion. Freitag am 11. April c. Vormittags 10 Uhr werde ich im Gehöfte des Expeditur Falk Fabian, Sapieha-platz Nr. 15, eine Parthie Kaffee in Quantitäten à 1 Centner gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern. Lipschitz, Königl. Auktions-Kommissarius.

Möbel-Auktion. Freitag am 11. April c. Vormittags 9 Uhr, werde ich im Gehöfte des Expeditur Falk Fabian, Sapieha-platz Nr. 15, verschiedene Mahagoni-, Birken- und Eichen-Möbel, als: Tische, Stühle, Spinde, Kommoden, Sophas, Chaiselongue, Sekretär, Bettstellen, Spiegel u., gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern. Lipschitz, Königl. Auktions-Kommissarius.

Proclama. Im Auftrage der hiesigen Königlichen Kreisgerichts-Deputation werden durch den Unterszeichneten am 28. April c. von Vormittags 11 Uhr ab vor dem Rathhause hieselbst a) ein Dhm Rheinwein, b) 120 Flaschen Rothwein und c) 40 Flaschen rother Rheinwein öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden. Schwering a. W., den 6. April 1856. Manajewski, Gerichtsaktuar.

Ein Freigut bei Frauastadt von 425 Morgen Magdb. ist mit Inventar für 13000 Thlr. mit 6000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Näheres erteilt der Wirthschaftsbefitzer Schulz zu Jasin bei Schwersenz.

Anzeige. Die Wasserheil-Anstalt zu Gross-Wilezak bei Bromberg, verbunden mit einem Institute für schwedische Heil-Gymnastik, habe ich nunmehr gekauft und empfehle dieselbe dem geehrten Publikum zur geneigten Benutzung. In Kürze bemerke ich nur noch, daß die qu. Anstalt, der nach wie vor der Herr Sanitätsrath Dr.

Geschäfts-Empfehlungs-Karte für Berlin.

- Die mit \* bezeichneten Firmen machen nach außerhalb binnen 24 Stunden auswahlsendungen; alle führen Bestellungen en gros und en detail prompt aus. Preise fest.
- \* Ackergeräte und landwirthschaftl. Maschinen: Eckert & Völker, Landsbergerstr. 26.
- \* Banquier: Schrötter, Kerkow & Comp., Jägerstraße 26.
- \* Buchbinder- u. gepr. Lederwaaren: G. Heufelder, Friedrichsstr. 95.
- \* Buchdruckerei: G. Bernstein, Mauerstr. 53.
- \* Buch- u. Kunsthandlung: F. Schneider & Comp., u. d. Linden 19.
- \* Bürsten und Kämme: G. Behne, Friedrichsstr. 187 u. Leipzigerstr. 105.
- \* Cigarren und Tabake: G. Schmidt, Leipzigerstr. 21.
- \* Crystall-Glas-Waaren: G. Harsch & Comp., u. d. Linden 66.
- \* Confitürewaaren, Thee's und Chokoladen: Felix & Sarotti, Friedrichsstr. 191.
- \* Färberei, Druckerei, Wasch- und Fleckenreinigungs-Anstalt: W. Spindler, Wallstr. 12.
- \* Fußeppiche, Wachsstuch, Rouleaux, Pferdedecken u. Tapeten: G. Kühn, Leipzigerstr. 36 u. Königsstr. 19.
- \* Gold- und Silberwaaren und Uhrenlager: G. Schwarz, Mohrenstr. 26.
- \* Gummi- und Guttapercha-Fabrik: H. Wiersch, Friedrichsstr. 66.
- \* Handschuh- und Kravatten-Fabr.: G. Schulz, Friedrichsstr. 190.
- \* Herrenkleider-Magazin der vereinigten Schneidermeister, Mohrenstr. 50.
- \* Kinderspielzeug-Fabrik: G. Söhle, Marktgrafenstr. 58.
- \* Leinwand und Leinewaren: L. Rabge, Mohrenstr. 27.
- \* Lithographische Anstalt: G. Ulrich, Friedrichstraße 62.
- \* Marmorwaaren- und Steinpapp-Fabr.: R. Barheim, Charlottenstr. 82.
- \* Militair- und Civil-Effekten: J. Müller & Comp., Friedrichsstr. 79.
- \* Neusilberwaaren-Fabr.: Abeking & Comp., Oberwallstr. 7.
- \* Optische und mathematische Instrumente: G. Petitpierre, u. d. Linden 33.
- \* Papier und Schreibmaterialien: D. Wurfhain, Mohrenstr. 27.
- \* Pariser u. Londoner Parfümerien u. Toiletten-Artikel: Ludwig, ci-devt. Rey, Charlottenstraße 33.
- \* Pelz- und Rauchwaaren: F. Zeig, Werderstr. 7.
- \* Photographien und Lichtbilder: Schwarz & Schille, Friedrichsstr. 185.
- \* Porzellan, Steingutwaaren und Porzellan-Malerei: J. Pohl, Kurstr. 52.
- \* Fuß-, Modewaaren und Pariser Blumenlager: W. E. Stegemann, Jägerstr. 27.
- \* Reisegefährtschaften und Täschnerwaaren: G. Ackermann, Königsstr. 12.
- \* Seidenwaaren, Damenmäntel und Möbelstoffe: J. A. Heese, Alte Leipzigerstr. 1.
- \* Solinger Stahlwaaren: J. A. Henckels, Jägerstr. 49/50.
- \* Spiegel, Möbel, Lampen u. Broncewaaren: Spinn & Menck, Leipzigerstr. 63 u. Kurstraße 53.
- \* Strickgarn und Strumpfwaaren: W. Hoy, Königsstr. 26.
- \* Tapissierie-Manufaktur: M. Kühnast geb. Barraud, Mohrenstr. 31.
- \* Weißwaaren, Stickerei und Gardinenlager: G. Briet, Jägerstraße 28.
- \* Wollene Kleiderstoffe und Long-Shawls: L. de Laval, Königsstr. 14 a.

Ein- und Verkauf von Staats- und Werths-Papieren, Bank- und Eisenbahn-Actien besorgen billigst und zahlen dafür den Tages-Cours. Berlin, Scharrnstrasse 12. R. Michaelis & Co.

Die Manufaktur- und Modewaaren-Handlung M. Magnuszewicz & Comp., Neuestraße Nr. 5,

macht hiermit die ergebene Anzeige, daß nunmehr ihre sämmtlichen neuen Waaren in schönster Auswahl eingetroffen sind und empfiehlt dieselben zu reellen und festen Preisen.

Mehrere hundert Schock kräftige 3jährige Spargel-pflanzen à Schock 7 Sgr., Kunkelrübenamen, über der Erde und in der Erde wachsende Sorten, pro Cntr. 14 Thlr., pro Pfd. 4 Sgr., weiße große grünköpfige Mohrrüben pro Pfd. 8 Sgr. zu haben bei Kosten, im April 1856. C. Franke, Gärtner.

Wohl's Niesen-Kunkelrüben, durch die landwirthschaftlich-Akademie zu Gbena auf das Beste empfohlen, im Getrage von 840 Gr. Rüben pr. sächsischen Morgen durch das Königl. sächs. Ministerium mit einem silbernen Becher prämiert, pr. Pfd. 15 Sgr., pr. Ctr. 50 Thlr. Futter-Kunkelrüben in sechs der vorzüglichsten Sorten.

Möhren, echte weiße grünköpfige Niesen- (echt englischer Original-Same), pr. Pfd. 25 Sgr.; desgl. hier nachgebauter pr. Pfd. 15 Sgr.

Grassamen in den vorzüglichsten Mischungen für Wiesen und Parkanlagen, sowie in reinen Sorten, und alle anderen ökonomischen und Garten-Sämereien empfiehlt zu den billigsten Preisen von erprobter Keimkraft die Samen-Handlung von Georg Pohl, Breslau, Elisabeth-(Tuchhaus-) Straße 3.

Frische Rapstuchen offerirt billigst die Gas-Niederlage u. Del-Raffinerie von Adolph Asch, Schloßstraße Nr. 5.

In der Kernwerksmühle an der kleinen Schleuse ist Weizen- und Roggenkleie billig zu verkaufen.

Pferdefutter. 100 Scheffel Roggenabgang, der Scheffel 59 bis 60 Pfd. wiegend, stehen bei mir Mühlenstr. Nr. 22 zum Verkauf. Posen, den 10. April 1856. Johann Kratochwill, Mühlenbesitzer.

Für die Herren Landwirthe. Sperenberger Dünger-Gyps, durch seine vorzügliche Dungkraft von vielen landwirthschaftlichen Vereinen rühmlichst anerkannt, empfiehlt zu den billigsten Preisen franco Posen und allen anderen Punkten der Warthe Edward Ephraim, Hinter-Wallischei Nr. 114.

in bester Qualität, das Quart 12 Sgr., ist zu haben bei Herrmann Michaelis, kleine Gerberstraße Nr. 11. Markt Nr. 48. Markt Nr. 49. Speise-Essig, sehr sauer und rein schmeckend, zu jedem beliebigen Preise und Quantum, das Quart von 1 Sgr. ab, empfiehlt die Essig-Fabrik von E. R. Wagner. Schöne Oderbruch-Gerste ist zu haben bei August Borkert, Brauereigener, Breslauerstraße Nr. 38. Gute rothe Kartoffeln sind zu verkaufen an der Wallischeibrücke auf dem Rahne. Zu den bevorstehenden Osterfeiertagen empfiehlt beste Backwaaren, so wie auch verschiedene Konfekte August Tomski.

